

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Er scheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße Nr. 16 b.
Telephonruf Nr. 3302.

Inserate
für die sechsgespaltene Colonne ober deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Zur Generalversammlung.

Zum Marsch bereit formiert sich die Kolonne.
Signal ertönt — das Banner wird entrollt!
Und hell erstrahlt im Glanz der Maiensonne
Das Hülfsgewand des Verbands in reinem Gold.
„Macht voran!“ so heißt die Tagssparole,
Die bei dem Vormarsch jedes Herz beseelet
Im Dienste des Berufs zu aller Wohle,
Im Daseinstampfen den matten Arm uns stählt.

Wiederum ertönt der Ruf zur Sammlung. In Berlin, der Reichshauptstadt, treten am 1. Juni die Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu erstem Male zusammen. Es gilt, sich Rechenschaft zu geben über die in den letzten zwei Jahren geleistete Arbeit und die gewonnenen Ergebnisse, um darauf weiter zu bauen für die Zukunft.

Doch weiter zurück als nur auf den Zeitraum der letzten Geschäftsperiode werfen wir einen Blick. Am 1. Juni werden genau zwölf Jahre verflossen sein, daß in Frankfurt a. M. der allgemeine Metallarbeiterkongress zusammentrat, auf dem die Gründung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erfolgte. Der Frankfurter Kongress stand unter dem Eindruck der sensationellen Enthüllungen über das „Komplotz gegen die deutsche Arbeiterklasse“. In einer bei Bernheim & Co. in London erschienenen Broschüre war das Treiben der Kühnemänner, ihr ruchloses System der Achtung durch schwarze Listen und das Kontrollbureau, ihr Bündnis mit den Behörden zur Maßregelung mißliebiger Arbeiter, das Geschenk von 3000 Mk. an die Schutzmannschaften Berlins für die bei der Maifeier geleisteten Dienste, aufgedeckt worden. Demgegenüber gab es kein Zaudern: Der vereinigten Unternehmerschaft mußte die gemeine Arbeiterschaft entgegengestellt werden. Und so wurde der Verband geschaffen.

Welche Fülle von Ereignissen sind im Zeitraum der zwölf Jahre an dem Einzelnen wie am Verband vorübergegangen! Das Werk, mit Begeisterung und Liebe geschaffen, hat sich herrlich entwickelt — ein leuchtendes Zeugnis dafür, daß es im Befreiungskampf der Arbeiterklasse vorwärts geht und daß ihm der Sieg folgen muß.

Daran werden wir nicht irre durch die Kämpfe, die uns jetzt umtoben. Gewiß, ernst ist zur Zeit die Lage. Ein vom Machtzettel befallenes Unternehmertum bedroht das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht; es sperrt Tausende von Arbeitern aus, ohne einen anderen Grund dafür zu haben, als den: seinen Machtgelüsten zu fröhnen. In Wahrheit offenbart sich darin bloß die Bedeutung, welche die Arbeiterorganisation bereits erreicht hat. Aber es ist zu spät! Die Arbeiterorganisation ist auf die Dauer nicht zu bestegen, es wird die Zeit kommen, wo man ihre Existenzberechtigung wird allgemein anerkennen müssen. Ein Gutes, dünkt uns, haben diese Vorstöße der Unternehmer noch: Es wird immer mehr eingesehen werden, welche Gefahren der Besitz der Produktionsmittel in Privathänden in sich birgt.

Angeichts der gegenwärtigen Lage wird die Berliner Generalversammlung auch gleichsam eine Art Kriegsrat darstellen, dessen Aufgabe es ist, die besten Mittel zur Abwehr gegen die Übergriffe der Unternehmer ausfindig zu machen. Der Punkt „Tarifverträge und Tarifgemeinschaften“ in Verbindung mit der „Taktik bei Streiks und Ausperrungen“ wird den Rahmen für die Beratung dazu liefern. Es muß eine starke Schutzwehr aufgerichtet werden, an der alle Angriffe des Feindes abprallen. Nicht nur muß unser Heer noch zahlreicher werden, auch die Waffen bedürfen einer Verbesserung. Und dann ist die Elementarregel aller Kriegswissenschaft zu beachten, wonach zum Kriegsführen dreierlei gehört: Geld, Geld und wieder Geld!

Doch nicht nur für den Krieg nach außen, auch nach innen ist zu rüsten. Unsere Unterstützungseinrichtungen sollen vermehrt, ergänzt, mit einem Wort verbessert werden. Eine rege Diskussion hat über diese Fragen bereits in diesen Blättern stattgefunden und wird auf der Generalversammlung fortgesetzt werden. Bei der großen Zahl der Vorschläge und dem Widerstreit der Meinungen über die Möglichkeit und Nützlichkeit der Ausdehnung des Unterstützungswesens mag es schwer erscheinen, das Richtige zu treffen. In Rücksicht auf die Wichtigkeit guter Unterstützungseinrichtungen für die weitere Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation sollten jedoch alle Vorurteile zurückgedrängt werden. Bei reiflicher Prüfung aller in Betracht kommenden Verhältnisse wird sich ein gangbarer Weg finden lassen. Möge die Entscheidung darüber, sowie über alle anderen der Versammlung gestellten Aufgaben so fallen, daß dem Verband und seinen Gliedern daraus neue Kraft erwachse:

Dazu „Stück auf“ und fröhliches Gelingen,
Daß immermehr wir unserm Ziel uns nahen!
Laßt uns, o laßt uns rasselos weiter ringen,
Nur immer vorwärts, ist auch rauh die Bahn!

Die Reichstagswahl und die Handelsverträge.

Zolltarif und Handelsverträge bilden in der diesmaligen Wahlbewegung die Hauptpunkte der parteipolitischen Polemik und Agitation. Der Zolltarif ist durch die schamlosen parlamentarischen Staatsstreiche der verbündeten Wucherzollparteien zur Lausache gemacht worden und der Arbeiterpresse obliegt die Aufgabe, die Wähler über die Bedeutung dieser Leistungen genügend aufzuklären, damit sie sehen, was für eine Sorte „Volksvertreter“ jene Wucherzöllner sind.

Noch unerledigt ist die Frage der Erneuerung der Handelsverträge und sie wird daher auf wirtschaftspolitischen Gebiet den hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstand des neuen Reichstags bilden. Dessen sind sich die Parteien auch voll bewußt und darum nehmen sie dazu auch in ihren parteioffiziellen Wahlauftrufen Stellung. Im Wahlauftrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird nach kurzer kritischer Beleuchtung des Zolltarifs und der Art, wie er zu stande gekommen ist, ausgeführt: „Auf Grund dieses neuen Tarifs günstige Handelsverträge für Deutschlands Industrie und für die auf den Kauf von Agrarprodukten angewiesene ungeheure Volksmehrheit zu erhoffen, ist ausgeschlossen. Als entschiedene Anhänger einer Handelsvertragspolitik, die den Austausch von Waren und Kulturmitteln mit allen Völkern der Erde nach Möglichkeit erleichtert, müssen wir aber Handelsverträge, welche auf Grund des neuen Zolltarifs abgeschlossen, unsere Handelsbeziehungen mit dem Ausland und die Lebenshaltung der großen Masse der Bevölkerung verschlechtern, aufs entschiedenste bekämpfen. Wähler! An euch ist es, bei den bevorstehenden Wahlen zu entscheiden, ob ihr die Politik der Würdigung und Ausraubung der Massen zu gunsten bevorrechteter Klassen ferner sanktionieren wollt.“

Der Wahlauftrag der reichstädtigen Zentrumfraktion führt aus: „Der neue Zolltarif ist nach heftigstem Kampfe zu stande gekommen; wir erwarten von ihm für die Landwirtschaft eine Besserung ihrer bedrängten Lage, für Handel und Industrie die Sicherung ihres einheimischen und auswärtigen Marktes, für Handwerker und Arbeiter lohnendere Beschäftigung. Nicht alle berechtigten Wünsche sind erfüllt worden; angesichts der Haltung der verbündeten Regierungen jedoch und der Parteiverhältnisse im Reichstag mußten wir uns sagen, daß ein Beharren auf unseren weitergehenden Forderungen das Gesetz zu Fall gebracht und dadurch die gebotenen wertvollen Vorteile preisgegeben hätte. Auf der Grundlage dieses Zolltarifs muß nunmehr durch die neuen Handelsverträge der gesamten deutschen Arbeit, insbesondere in der Landwirtschaft, ein ausreichender Schutz erkämpft werden. Die für Deutschland nachteiligen allgemeinen Meistbegünstigungsverträge sind aufzuheben. Gegen die Einschleppung von Viehseuchen aus dem Ausland ist die einheimische Viehzucht nachhaltig zu sichern.“

Die Nationalliberalen stehen wie das Zentrum auf dem Boden des von ihnen durch das Mittel des parlamentarischen Staatsstreiches mitgeschaffenen Wuchertarifs und betonen sodann die „Langfristigkeit“ der Handelsverträge, die sie anstreben. Der nationalliberale Wahlauftrag liegt uns nicht im Wortlaut vor, dagegen die Kandidatenrede eines hervorragenden Nationalliberalen, des Freiherrn v. Bodmann in Konstanz, der in zutreffender Weise die günstigen Wirkungen der Caprivischen Handelsverträge von 1892/93 auf das deutsche Wirtschaftsleben bespricht und sodann ausführt: „Wenn wir hiernach wiederum langfristige Handelsverträge anstreben müssen, so müssen wir andererseits doch die Fehler vermeiden, die bei Abschluß der jetzt geltenden Verträge gemacht wurden. Ihr Hauptfehler war nun, außer der zum Teil ungenügenden Vorbereitung, daß sie die Lage und Interessen der Landwirtschaft nicht genügend berücksichtigten, daß sie also, wie man nicht mit Unrecht gesagt hat, auf Kosten der Landwirtschaft abgeschlossen wurden.“ So könnte auch ein Agrarier vom Bunde der Landwirte reden, denn das Gesagte bedeutet nichts anderes als einseitige Begünstigung der Landwirtschaft, das heißt der großen Grundbesitzer. Interessant, ja, geradezu ergötzlich ist, wie dieser Standpunkt begründet und die dafür angeführte „Not der Landwirtschaft“ dargestellt wird.

Da wird zunächst auf das Fallen der Pachtpreise der preussischen Domänen hingewiesen, die von 1892 bis 1897 um 10 bis 19 Prozent zurückgegangen seien. Wenn damit etwas bewiesen werden soll, so doch nur das, daß die Bewerber um die Pacht dieser Domänen sich gegenseitig in der unsinnigsten Weise überboten und daß dann der „glückliche“ Pächter, weil er viel zu hohe Pacht zahlte, nicht auf seine Kosten kam. Derselbe Vorgang wiederholt sich im gewerblichen Leben tausendfach in jedem Jahre. Wenn zum Beispiel ein Wirt für ein Restaurant eine zu hohe Miete zahlt, so

liegt darin kein Beweis für die schlechte Lage des Gastwirts-gewerbes, sondern nur dafür, daß er das Geschäft leichtfertig abgeschlossen, nicht alle Faktoren berücksichtigt, nicht gerechnet und daher im Gegensatz zu dem bekannten Sprichwort „Er hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht“ den Wirt ohne die Rechnung gemacht hat. Ebenso wenig kann mit der Verschuldung der Landwirtschaft deren angebliche Notlage bewiesen werden. Von 1883 bis 1896 soll in Preußen der Großgrundbesitz auf eine Verschuldung von 33 Prozent des Verkehrswertes, der bäuerliche Besitz auf 24,8 Prozent und der Kleinbäuerliche Besitz auf 29 Prozent gestiegen sein. Nun, wir finden darin nichts beängstigendes für die Lage der Landwirtschaft. Wenn der Großgrundbesitz 67 Prozent reines Vermögen hat, also bei 100 000 Mk. Wert 67 000 Mk. und nur 33 000 Mk. Hypothekenschulden und andere Schulden, so scheint uns das ein sehr günstiges Verhältnis zu sein. Hunderttausende gewerblicher, industrieller und kommerzieller Betriebe würden sich gratulieren, wenn sie in einer solchen günstigen Lage sich befänden. Sodann wird die Marktstatistik von einigen Getreidemärkten angeführt, um die „verheerenden Wirkungen“ des Sinkens der Getreidepreise auf den Getreidebau, der entsprechend zurückgegangen sei, ergreifend zu illustrieren. Auch hier wird das, was bewiesen werden soll, nicht bewiesen, sondern nur dargelegt, daß in dieser und jener Gemeinde oder Gegend heute weniger Getreide gebaut wird als vor mehreren Jahren. Im Gegensatz dazu ist im ganzen Reiche die mit Getreide und Hülsenfrüchten bebauten Ackerfläche von 15 723 970 Hektar im Jahre 1883 auf 15 992 120 Hektar im Jahre 1893 und auf 16 050 990 Hektar im Jahre 1902 gestiegen, prozentual von 60,1 auf 61,1 Prozent des Acker- und Gartenlandes. Der Rückgang des Getreidebaus beweist aber auch nichts für die angebliche „Notlage der Landwirtschaft“, denn das jährliche Getreidefeld bleibt selbstverständlich nicht brach liegen, sondern es wird darauf eine andere Frucht gebaut, die dem Besitzer besseren Ertrag liefert. Vielfach wird Getreidefeld in Wiesland umgewandelt zum Zwecke der rentablen Viehzucht und Milchwirtschaft. In der Tat ist der Viehstand in Deutschland seit drei Jahrzehnten bedeutend gestiegen. So wurden im Jahre 1873 15 776 702, 1883 15 786 764, 1892 17 555 834 und 1900 18 939 692 Stück Rindvieh gezählt; die Zahl der Schweine stieg von 7 124 088 auf 16 807 014, hat sich also mehr als verdoppelt. Dabei ist das durchschnittliche Gewicht erheblich gestiegen, so für Stiere und Ochsen von 466 kg im Jahre 1883 auf 531 im Jahre 1900, der Schweine von 116 auf 126 kg. Der Wert des Rindviehs stieg von 3074 Millionen Mark im Jahre 1883 auf 4182 Millionen Mark im Jahre 1900, also um mehr als eine Milliarde. Die erhebliche Gewichtszunahme der einzelnen Tiere hat auch bis zu einem gewissen Grade den im Verhältnis zur Vermehrung der Bevölkerung eingetretenen Rückgang der Stückzahl des Rindviehs von 38,4 im Jahre 1873 auf 33,6 auf je 100 Einwohner im Jahre 1900 ausgeglichen.

Der Wechsel der Produktion vollzieht sich in der Industrie fortwährend und gerade auf dieser Anpassungsfähigkeit beruht ihre Existenz. Geht das Fahrradgeschäft nicht, so fabriziert man Nähmaschinen, fehlt es an Aufträgen in Lokomotiven, so werden Motore fabriziert.

Für die „Notlage der Landwirtschaft“ und die Notwendigkeit wucherischer Getreidezölle wird auch mit dem „Kriegsfall“ nichts bewiesen. Das deutsche Volk erfährt jährlich eine Vermehrung um 750 000 Köpfe, das Gebiet des Deutschen Reiches aber vergrößert sich um keinen Quadratmeter. Der deutsche Getreidebau ist je länger, je weniger in der Lage, den Getreidebedarf des deutschen Volkes zu decken und große Vorräte von Getreide für den Kriegsfall aufzuspeichern. Davan könnte auch der agrarische Idealzoll von 10 Mk. nichts ändern. Und mit solchen windigen Argumenten ist von den Agrariern die ganze Zollkampagne geführt worden!

Die Konservativen einschließlich des Bundes der Landwirte sind Gegner von Handelsverträgen, sie wollen eine autonome Zollpolitik und den Zollkrieg, wobei nach ihrer Überzeugung die Landwirtschaft endlich goldene Tage erleben würde. Die freisinnige Volkspartei Eugen Richters will „die möglichste Aufrechterhaltung der bestehenden Zölle, behält sich im einzelnen die Freiheit der Abstimmung vor in der Absicht, so weit irgend möglich das Volk vor Schädigungen aus der durch das neue Tarifgesetz veränderten Sachlage zu bewahren.“ Das heißt, die freisinnige Volkspartei, die durch ihre elende Taktik die parlamentarischen Staatsstreiche und das gewalttätige Zustandekommen des Wuchertarifs begünstigte, ist bereit, auch für die ungünstigsten Handelsverträge mit den höchsten Wucherzöllen einzutreten. Die freisinnige Vereinigung, die gemeinsam mit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag den Wuchertarif bekämpfte, fordert einmütig günstige Handelsverträge.

Zentrum, Nationalliberale, Volksparteiler sind demnach bereit zum Abschluß ungünstigster Handelsverträge, eventuell treten sie mit den Konservativen auch für die Proklamierung des Zollkriegs ein, bei dem die Großagrarien wie die syndizierte und kartellierte Industrie sehr gute Geschäfte machen, die Masse des Volkes aber bluten würde.

Für günstige Handelsverträge bleiben nur die sozialdemokratische Partei und die freisinnige Vereinigung. Aus den oben angeführten Sätzen aus dem sozialdemokratischen Wahlaufsatz haben die Gegner herauslesen wollen, daß die Sozialdemokraten überhaupt Gegner der Handelsverträge seien. Das ist natürlich Unsinn und Behauptung wider besseres Wissen. In dem sozialdemokratischen Aufsatz wird nur gesagt, daß der Wuchertarif keine geeignete Grundlage für neue Handelsverträge bildet und die Fraktion daher neuen Verträgen, in denen die Rolle des Wuchertarifs festgelegt sind, ihre Zustimmung nicht geben werde. Diese Erklärung ist doch nur die Konsequenz der Haltung der Fraktion gegenüber dem Wuchertarif seit seiner Veröffentlichung und die gegnerische Bewunderung darüber läßt nur den völligen Mangel an konsequenter Politik und an politischer Psychologie erkennen. Da hat die Arbeiterschaft ein feineres Gefühl und Verständnis für solche Dinge; sie würde es nicht verfehlen, wenn ihre Vertreter nun doch nach allem, was vorgegangen, dem Wuchertarif in der Gestalt von Handelsverträgen ihre Zustimmung geben würden.

Die Bemerkung wuchertarifier Handelsverträge bedeutet aber keine Erklärung gegen Handelsverträge überhaupt und auch nicht den Zollkrieg. Sie bedeutet nur die Notwendigkeit, den Wuchertarif zu ernähigen, eventuell die bestehenden Handelsverträge auf eine neue zehnjährige Dauer zu verlängern, was unzweifelhaft das Beste wäre, denn dann würden eben auch die hohen Zolltarife des Auslandes, die als Antworten auf den deutschen aufgestellt wurden, nicht in Kraft treten.

Die Arbeiterschaft und mit ihr die große Zahl aller jener Konsumenten, die wie sie nicht in der Lage sind, die neuen Zollbelastungen in Gestalt höherer Warenpreise auf andere Schultern abzuwälzen, was die Agrarier, die Fabrikanten, die Gewerbetreibenden, der Zwischenhandel tun können und auch tun, haben es daher in der Hand, durch die Wahl von Gegnern des Wuchertarifs in den Reichstag die Anwendung und Wirksamkeit desselben sowie den Abschluß ungünstiger Handelsverträge zu verhindern. Mögen daher die Bemühten, die Ausgebühten, die Freunde guter Handelsverträge und lebhaften internationalen Warenaustausches, an dem im speziellen die Hunderttausende von Metallarbeitern das größte Interesse haben, am 16. Juni auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen und wirkliche Volksvertreter — keine Selbstsacksvertreter — in den Reichstag wählen!

Zur Gewerkschaftsbewegung in Frankreich.

Von Frankreich kann nicht gesagt werden, die sozialistische Parteibewegung beeinflusse die Gewerkschaften günstig und fördere deren Einheit und Einigkeit im Denken und Handeln. Eher das Gegenteil. Ein bedrückendes Gefühl bemächtigt sich einem, wenn man sich die Manipulationen vergegenwärtigt, die von der einen oder anderen politischen Schule unternommen werden, um auf den jeweiligen Gewerkschaftskongressen ein einer gewissen Doktrin günstiges Votum davonzutragen. Zu diesem Behuf wurden Anstrengungen gemacht und Kräfte vergeudet, die einer besseren Sache würdig sind. Der Austrag und die Folgen dieser Streitigkeiten paralysierten die besten gewerkschaftlichen Kräfte. So ziemlich alle Gewerkschaftskongresse und Versammlungen seit 1876 haben solche Eifersüchteleien und widerwärtige Streitereien gesehen. Angesichts dieses Zustandes nimmt die Schwäche und Einflüßlosigkeit der französischen Gewerkschaften kaum wunder. Eher kann man sich darüber wundern, daß trotz alledem noch so viele um die Gewerkschaften gekämpft bleiben. Und es kann dem französischen Proletariat nur zum Lobe gereichen, wenn es unbedünnet und unverzagt an dem Gewerkschaftswesen weiterarbeitet, den die Stürme des Parteistritzes und die Rivalität der politischen Gruppen und Personen oft geschädigt haben.

Der in die Berufsorganisationen getragene Streit der politischen Schulen hat vielfach laute Klagen und schwere Verwünschungen hervorgerufen. In den Kongressberichten liest man oft auf bittere Vorwürfe ob dieser Zersplitterungsarbeit. Es hat auch an Versuchen nicht gefehlt, den politischen Kampfzügen die Syndikatsstürme zuzuhalten. Mit dem Pariser Kongressbeschlusse mehr oder weniger ähnlichen Sätzen wurde oft gesprochen oder beschlossen: „... niemand kann (in den Zusammenkünften der Gewerkschaften) das Wort erhalten, wer nicht Handarbeiter oder von seinem Syndikat empfohlen ist.“ Dieses Vorgehen ist aber kaum von Erfolg begleitet gewesen. Und auch zur Stunde sind die Ursachen jener Zwiste als auch diese selbst noch keineswegs beseitigt. Allerdings läßt sich auch nicht leugnen, daß eine gelinde Wendung zum Besseren eingetreten ist. Ist dies nur ein Wasserfallstand? Oder ist es wirklich der Beginn einer neuen besseren Epoche?

Die Uneinigkeit und Zersplitterung herrscht nicht nur in der Organisation eines Berufs, sondern auch in der Zentralorganisation. Seit ungefähr einem Jahrzehnt kämpfen zwei Zentralorganisationen, die Fédération des Bourses du Travail (Föderation der Arbeitsbörsen) und die Confédération Générale du Travail (Allgemeine Konföderation der Arbeit) um die Oberhand.

Von beiden Föderationen ist die der Arbeitsbörsen die ältere. Die Arbeitsbörsen waren anfänglich einfache Bureaus für Stellungsvermittlung. Nach und nach gruppierte sich an den größeren Zentren das gesamte gewerkschaftliche Leben um sie. Am Anfang des Jahres 1892 besaß Frankreich rund 15 Arbeitsbörsen. Sie waren unter sich ohne jede Verbindung. Die Abhaltung eines gemeinschaftlichen Kongresses wurde von Paris aus angeregt und mit dessen Organisation die

St. Etienne Börse beauftragt. Er fand am 7. Februar (1892) statt. Sein hauptsächlichstes Werk war die Schaffung einer festen Verbindung zwischen den Börsen: Die Gründung der Föderation der Arbeitsbörsen. Ihr Zweck ist laut Statut: „Die Forderungen der Syndikate zu vereinheitlichen und zu verfechten, die Ausbreitung der Arbeitsbörsen zu propagieren, die Statistik zu pflegen und gleichzeitig die unentgeltliche Arbeitsvermittlung der Arbeiter beider Geschlechter und aller Berufe zu verallgemeinern.“ Weiter wurde die Unabhängigkeit und Selbständigkeit gegenüber der Behörde und den politischen Gruppen mit gleich schroffen Sätzen proklamiert.

Die neugegründete Zentralorganisation hatte ihr Leben kaum begonnen, als die französische Regierung die Syndikate mit Waffengewalt aus der Pariser Börse jagte und sie schloß. Der Gewaltstreich hatte insofern sein Gutes, daß er den Stolz der Arbeitsbörsenmänner gegenüber der damals schon bestehenden Föderation der Syndikate dämpfte und den Vereinigungsideen günstigeren Boden schuf. Der Coup der Reaktion peitschte auch die Unversöhnlichsten der Einigung zu und hieß ihnen, den alten Brudersreit, wenn auch nur momentan, ruhen zu lassen. Auf dem gemäßigten Kongress (Juli 1893) wurden durch eine Resolution die Syndikate verpflichtet, sich in kürzester Zeit ihrem Berufsverband anzuschließen, sich in lokalen Föderationen oder Arbeitsbörsen zu organisieren. Aus den letzteren sollte dann die alle umfassende, die nationale Zentralorganisation treten. Die Delegierten, einmal „im Banne großer Ideen“, beschloßen gleich die Organisation des Generalkongresses. In diesem Behuf wurde jedes Mitglied verpflichtet, monatlich fünf Centimes in die Streikkasse zu zahlen. Das Ergebnis sollte zur Hälfte für partielle, zur Hälfte für den Generalkongress reserviert werden. Nur schade, daß diese großmütige Stimmung nicht lange standhielt und daß sie nicht viel mehr als Beifallsfahnen einbrachte. Das Schicksal der Generalkongresskasse findet noch weiter unten Erwähnung.

Daß schon eine nationale Zentralorganisation für alle Syndikate bestand, wurde schon angeführt. Nur führte sie ein schattenhaftes Dasein, wenn man dieses Vegetieren überhaupt noch Dasein nennen kann. Die Föderation der Börsen hatte sich in kurzer Zeit eine relativ feste Verbindung geschaffen. Schon die Natur ihrer Tätigkeit verlangte einen ununterbrochenen Verkehr, die Einrichtung eigener Lokale und besoldete Angestellte; und den politischen Kampfzügen wies sie mit fühlbarer Deutlichkeit die Lüre. Demgegenüber stand die Föderation der Syndikate mittel- und hilflos da. In ihren Reihen schlug der politische Streit hohe Wellen und nahm ihr die geringe Kraft, die sie vielleicht noch besaß. Vor einer riesigen Aufgabe ohne jede feste Verbindung zwischen Haupt und Körper brach die Organisation zusammen, oder besser, löste sich ihr schattenhaftes Dasein vollends auf. Auf dem korporativen Kongress zu Limoges (September 1895) gestand der Delegierte des Vorstandes (Conseil National Ouvrier) den vollständigen Verfall der Organisation. Ihre Auflösung konnte erspart werden, da sie in Wirklichkeit nur noch dem Namen nach bestand. Ihr Kasernenstand machte ganze 85 Centimes aus, dem ein Passiva von 47,65 Francs gegenüberstand. So wurde denn die Basis für eine neue Organisation gelegt: Der Confédération du Travail.

Der erste Artikel des Statuts dieser Konföderation spricht sich über ihre Zusammensetzung aus: „Zwischen den diversen Syndikaten und professionellen Vereinigungen der in Frankreich und seinen Kolonien bestehenden Syndikate der Arbeiter und Angestellten beider Geschlechter ist eine einigende und kollektive Organisation geschaffen; die Elemente, welche sie bilden, haben sich außerhalb jeder politischen Schule zu halten; die Konföderation nimmt auf: die Syndikate, Arbeitsbörsen, lokale Verbände oder Föderationen der Gewerkschaften, Industrie- und Berufsverbände, die Föderation der Arbeitsbörsen u. Die Beiträge wurden auf 1/2 bis 1/3 Centimes (je nach der Stärke des angeschlossenen Vereins) pro Mitglied und Monat festgesetzt.“

Vergleicht man das Statut beziehungsweise Prinzip, Ziel, Tätigkeit und Organisation der Konföderation mit dem der Föderation der Arbeitsbörsen, so ist ein wesentlicher Unterschied nicht zu entbeden. Im Gegenteil, Prinzip und Faktum der beiden ist eins. Und es ist schwer zu verstehen, warum die Reste der zergangenen Föderation der Syndikate nicht der Föderation der Arbeitsbörsen beitrug. Für den Luxus einer zweiten Zentralorganisation war umsoweniger Bedürfnis vorhanden, da die Masse der Syndikierten eben den Arbeitsbörsen in dieser oder jener Form angeschlossen war. Auch selbst wenn die prompte Erfüllung der statutarischen Bestimmungen, Ausschluß der politischen Wortschereien und besonders pünktliches Beitragszahlen zugetroffen wäre, hätte es auf die Dauer ein gewaltiges Durcheinander geben müssen. Da die Syndikate nicht nur den Börsen, sondern auch den lokalen Föderationen (Gewerkschaftskartellen), Berufsverbänden u. angeschlossenen waren, so hätten sie dadurch bei ihrem Anschluß an die Konföderation für ihre Mitglieder zwei-, drei- oder gar viermal Beiträge zahlen müssen. Auch hätte die Konföderation niemals die exakte Zahl ihrer Mitglieder feststellen können.

Schon auf dem nächsten Kongress der Konföderation (Lyon, September 1896) stellten sich die Schwierigkeiten und Mängel der Organisation mit widerschlagender Deutlichkeit heraus. Nur 31 Organisationen hatten je 2 Frs. zur Einrichtung der Konföderation gezahlt und die gesamten Jahresbeiträge beliefen sich auf ganze 740 Frs. Weder war es zur erwarteten „Vereinigung aller Kräfte der Arbeit“ gekommen, noch der ökonomische Kampf und Widerstand organisiert. „Die politischen Fragen“, heißt es in dem Kasernenbericht, „die Rivalitäten der (politischen) Schulen haben die Kräfte verpulvert und die Spaltungen und Machtlosigkeit erhöht.“ Dieses Resultat war zur Entmutigung nicht sonderlich geeignet, die Konföderation warf werbende Blicke nach der Föderation der Börsen, die keine Miene machte, einzutreten. Durch den Nichtanschluß dieser stärksten Organisation blieb die Konföderation auch fernerhin zur Macht- und Kraftlosigkeit verurteilt. Dasselbe war bei der Generalkongresskasse zu konstatieren. Bei der Kommission für die Agitation zu

gunsten des Generalkongresses waren vom 1. Dezember 1894 bis 1896 nur etwa 700 Frs. eingelaufen.

Somit standen sich die beiden Zentralorganisationen unvereinigt gegenüber. Die Werbungen der sich mühsam dahinschleppenden Konföderation prallten ab an der stolzen Haltung der Föderation der Arbeitsbörsen. Endlich auf dem Toulouser Kongress (1897) schien der Versuch, ein besseres Verhältnis zwischen beiden Rivalen zu schaffen, zu glücken. Da die Verschmelzung keine Aussicht hatte, probierte man es mit einer Vereinigung der Vorstände. Leider überlebte auch diese nur einen Lenz; der Kongress in Rennes (1898) stellte die alte Trennung wieder her. Die Ursachen waren persönliche Differenzen zwischen den Sekretären, verquitt mit kirchlichpolitischen Fragen. Dieser neue Schlag hieß die Konföderation ihrer stolzen Rivalin Konzessionen machen. Auch die temporäre Nachlassung der Fehde zwischen den politischen Parteigruppen (vor dem sozialistischen Kongress 1900) und die internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongresse in Paris übten günstigen Einfluß aus. Die Masse der französischen Syndikate gehörte internationalen Verbindungen an, hielt für die Internationale der Arbeiter begehrte Reden, während sie selbst im eigenen Lande zersplittert und alles andere, nur nicht vereinigt waren. Die Unhaltbarkeit und das Beschämende dieses Zustandes war denn auch zu evident, als daß es nicht allseitig gefühlt worden wäre. Die alte Intransigence verlor an Schärfe. Zu einer einigenden Tat sollte es aber erst später kommen.

Das Vorjahr sah wiederum zwei Gewerkschaftskongresse: den der Arbeitsbörsen in Alger und den der Konföderation in Montpellier. Ein gut Teil der Delegierten hatte Mandate für beide Kongresse, da ihre Mandatgeber beiden Organisationen angehörten. Dieser Umstand war von günstigem Belang, förderte die beiderseitige Annäherung. Der Kongress in Alger arbeitete Tag und Nacht, um seinen Delegierten ein einigendes Statutenprojekt mit nach Montpellier geben zu können. Das Projekt verlangte: „Die Föderation bilden autonome Sektionen einer einzigen Konföderation der Arbeit. Die Föderationsvorstände vereinigen sich zur Bildung des föderalen Komitees; alljährlich findet ein „nationaler Kongress der Arbeit“ statt. Kein Syndikat kann sich der Konföderation anschließen, wenn es nicht Mitglied eines Berufsverbandes und einer Arbeitsbörse ist.“ Mit diesem Entwurf und einer Resolution, die besagte, daß der Montpellier Kongress niemals die Autonomie, Beiträge, Titel u. s. w. der Föderation der Arbeitsbörsen angreifen dürfe, begaben sich die Delegierten nach Montpellier. Hier kam denn auch nach langer, schwerer Debatte eine Verständigung unter vom Alger Kongress vorgeschlagenen Bedingungen zu stande. Die Monatsbeiträge an die Konföderationskasse betragen für die Arbeitsbörsen und Gewerkschaftsverbände 35 Centimes für jedes ihm angeschlossene Syndikat, für die Industrie- und Berufsverbände 40 Centimes für das Hundert Mitglieder, für isolierte Gewerkschaften 5 Centimes pro Mitglied.

Ferner wird es nur noch einen Gewerkschaftskongress geben, auf dem sämtliche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Gewerkschaften vertreten sind. Ihre Mitgliederzahl wird auf 614.204, die Gruppenzahl auf 3680 angegeben. Davon entfallen auf die Konföderation der Arbeit 610.966 Mann (Föderation der 86 Arbeitsbörsen 446.368; Gewerkschaftsverbände 164.598).^{*} Diesen Zahlen gegenüber ist ein wenig Vorsicht am Platze, denn sie schießen weit über die Wirklichkeit hinaus. Würde man die Mitglieder nach den gezahlten Beiträgen gezählt haben, so würde die gute Hälfte aus der obigen Statistik verschwinden. So erhält — um nur ein Beispiel zu erwähnen — die Eisenbahngesellschaft, nach dem Geständnis ihres Sekretärs, nur von etwa einem Viertel ihrer Mitglieder Beiträge. Die Genauigkeit des Beitragszahlens wird nur übertrifft von der Sucht, mit großen Mitgliederzahlen operieren zu können.

Immerhin ist endlich nach langem Zwiste eine Einigkeit zu stande gekommen; allerdings noch nicht eine Einigkeit auf der Basis, sondern am Gipfel der Zentralorganisation. Der Vorstand der Konföderation wird nicht von vom Kongress ernannten Personen, sondern von den Delegierten der Syndikate gebildet. Diese Form ist nicht glücklich zu nennen, da sie den rivalisierenden Gruppen den Wiederbeginn des alten Streites im Vorstand erleichtert. Hoffen wir, daß der nächste Gewerkschaftskongress, der 1904 in Bourges stattfinden wird, ein Markstein auf dem Wege zur vollständigen Einigkeit werden wird.

J. K.

Der Arbeitsmarkt im Monat April 1903.

(Aus dem „Reichs-Arbeitsblatt“ Nr. 2.)

Der Monat April bedeutet im Verhältnis zum Vormonat im allgemeinen einen Stillstand. Die Beschäftigung hat sich zumeist auf der gleichen Höhe gehalten wie im Vormonat, nur in einzelnen Industrien ist aus besonderen Gründen ein Rückgang eingetreten, so in der Brauereindustrie und zum Teil in der Konfektionsindustrie infolge des kälteren Wetters im April. Dementsprechend zeigten auch die an die Berichterstattung des Reichs-Arbeitsblattes angeschlossenen Krankenkassen eine geringere Zunahme des Beschäftigungsgrades als im Vormonat, nämlich um insgesamt 9.718 Mitglieder, und auch der Verkehr an den Arbeitsnachweisen ist im Berichtsmonat im wesentlichen der gleiche geblieben, hat sich teilweise sogar nicht unerheblich verschlechtert. In der Metallindustrie ist eine entscheidende Besserung immer noch nicht eingetreten, wemgleich eine günstiger Gestaltung der Lage im letzten Monat sich nicht verkennen läßt.

Der Arbeitsmarkt im Monat April 1903 nach Berichten der Industrie.

In der Eisengießerei zeigte sich die übliche Frühjahrsbesserung, immerhin blieb auch weiter an den meisten Orten ein erhebliches Überangebot von Arbeitskräften, während nur vereinzelt die Arbeiterverhältnisse als normal bezeichnet werden können. Ein wenig günstiger wird auch die Beschäftigung der Walzwerke angegeben, ohne daß aber dadurch die ungünstigen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt dieser Industrie eine Besserung erfahren hätten. In der Gußstahlfabrikation, in der Fabrikation von Stabeisen, von I- und U-Eisen nahm die Nachfrage zu und dementsprechend ließ das Überangebot von Arbeitskräften etwas nach. Im allgemeinen konnten mit dem in Laufe der letzten Zeit verringerten Arbeiterstamm volle Schichten gearbeitet werden. In den stehel-

* Annuaire des Syndicats (1902). Siehe auch: Bulletin de l'Office du Travail, Februarheft 1902.

schmiede- und Eisentruckfabriken fehlte es vielfach auch im April an Aufträgen, wobei insbesondere von verschiedenen Seiten auf die Überlegenheit derjenigen Eisentruckwerke hingewiesen wird, die gleichzeitig neben Eisentruckfabriken auch Walz- und Formmaschinen herstellen. Dementsprechend wurde in diesen Betrieben auch vielfach mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Der Geschäftsgang in der Röhrenindustrie war gebessert, was bewirkte, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften sich hob. Zum Teil wird diese Besserung der Bildung eines Syndikats der Röhrenindustrie im Februar dieses Jahres zugeschrieben. Im Lokomotiv- und Dampf-Fesselbau war der Beschäftigungsgrad gegen den Vormonat im allgemeinen unverändert, doch machen sich hier bei den einzelnen Werken starke Verschiedenheiten geltend; das Überangebot von Arbeitskräften wird das gleiche wie im Vormonat. Mit wenigen Ausnahmen wird die Beschäftigung im Eisenbahnwagenbau als noch schlechter wie im Vormonat bezeichnet. Dementsprechend bestand in dieser Industrie ein außerordentliches Angebot von Arbeitskräften, das Hand in Hand ging mit einer Verkürzung der Arbeitszeit in vielen Betrieben. Der Maschinenbau, insbesondere auch der Werkzeugmaschinenbau, zeigen eine Besserung des Beschäftigungsgrades und der Geschäftslage; der Beschäftigungsgrad des Werkzeugmaschinenbaues wird wiederholt als lehrhaft anziehend bezeichnet. Gebessert ist auch die Beschäftigung im Lokomotivbau und in der Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen. Günstige Verhältnisse liegen in der Drahtindustrie vor. Die gesamte Metallindustrie läßt danach mit einigen Ausnahmen ein leichtes Befahren erkennen, die zum Teil auch durch die endliche Klärung der Lagerbestände erklärt wird, ein entscheidender Umschlag der Gesamtlage in dieser Industrie ist aber nicht zu verzeichnen.

Von der elektrischen Industrie liegen nur wenige Nachrichten vor, die eine Beurteilung dieser Industrie nicht gestatten. Die vorliegenden Angaben scheinen auf eine leichte Besserung des Beschäftigungsgrades hinzuweisen.

Einzelne Industrien (Metall- und Maschinenindustrie).

Die Berichte aus der Metallindustrie und der Maschinenindustrie gehen übereinstimmend dahin, daß eine ganz leichte Besserung eingetreten ist, wenigleich der Zustand zumeist als ein befriedigender noch lange nicht bezeichnet werden kann. Dies gilt vor allem für die Eisenindustrie. Während die Berichte aus dem Berliner Bezirk sich dahin aussprechen, daß der schleppende, noch wenig befriedigende Geschäftsgang der letzten Zeit im großen und ganzen auch im April kaum eine leichte Besserung erfahren habe und das Überangebot an Arbeitskräften noch weiter bestehe, wird aus Schlesien gemeldet, daß flotte Beschäftigung in den Handwerksbetrieben anhalte, und daß auch die Preise sich ein wenig besserten, ohne freilich auskömmlich zu werden, während das Angebot von Arbeitskräften nur vereinzelt die Nachfrage übersteige. In den schlesischen Handwerksbetrieben ist vereinzelt sogar Überarbeit im April vorgekommen. Ähnlich melden die Berichte aus Sachsen, daß die Beschäftigung im allgemeinen befriedigend sei, daß eine kleine Verbesserung gegen den Vormonat festzustellen habe, indem Aufträge auf Viehprodukte, wie alljährlich im Frühjahr umfangreicher eingingen, freilich mit dem Hinzutreten, daß das Überangebot von Arbeitskräften andauernd außerordentlich sei. In den Röhrenindustrie wurden aber auch hier teilweise Überstunden erforderlich. Zurückhaltender äußern sich die anderen Bezirke, insbesondere Rheinland und Westfalen, jedoch wird zumeist die Lage des Arbeitsmangels in Anbetracht der gesamten wirtschaftlichen Lage als annähernd normal bezeichnet.

Eine Verbesserung der Lage ist auch für Stahlgang in letzter Zeit eingetreten, wieweil dieselbe aber auf vorübergehender Herinnahme von Exportaufträgen beruht oder ob dieselbe eine dauernde Besserung bedeutet, ist noch nicht zu übersehen. Ein wenn auch mäßiges Überangebot von Arbeitskräften bestand in dieser Branche durchweg, im Eisenerzbezirk ebenso wie in Schlesien und Sachsen, die noch etwas günstiger berichten. Im Dortmunder Bezirk werden die Verhältnisse als normal bezeichnet. Das gleiche gilt für die Beschäftigung der Werke, welche L- und U-Eisen, sowie Stabstählen herstellen. Der Beschäftigungsgrad hat hier zugenommen und nähert sich gewöhnlichen Verhältnissen. Als gebessert werden auch die Verhältnisse in den Walzwerken bezeichnet.

Ungünstiger liegen die Verhältnisse vielfach auch in Maschinenbau und in den Kesselschmieden und Eisentruckfabriken, wobei freilich die Lage in den einzelnen Werken eine sehr verschiedene ist. Im großen Umfang besteht hier noch erhebliches Überangebot von Arbeitskräften und macht sich andauernd noch Herabsetzung der Arbeitszeit erforderlich. Bei den großen Betrieben, welche vielfach sehr zusammengelegter Natur sind, Vieherei, Walzwerk, Maschinenfabrik und Brückenbauanstalt u. s. w. in sich vereinigen, gleichen sich die Verhältnisse untereinander aus, doch scheint nach und nach der Bericht zur Zeit noch die verhältnismäßig ungünstige Lage des Arbeitsmarktes für den Maschinenbau zu bestehen. Eine Verbesserung wird aus Elfaß gemeldet, ebenso aus dem Offenbacher Bezirk. Überangebot bestand aber auch dort weiter und frei gewordene Plätze wurden nicht wieder besetzt. Ebenso wird aus dem Anhalter Bezirk und Sachsen eine kleine Besserung gemeldet, während aus dem Magdeburger Bezirk und aus Oberfranken die Lage als unverändert bezeichnet wird. Das letztere gilt auch für die Dampfesselfabrikation. Günstiger lagen die Verhältnisse im Werkzeugmaschinenbau, für die übereinstimmend aus dem elsässischen, Offenbacher und Frankfurter Bezirk günstigere Gestaltung der Geschäftslage gemeldet wird mit dem Hinzutreten, daß außerordentliches Angebot von Arbeitskräften nicht besteht.

Zum Kampf in Iserlohn.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat am 16. Mai an die Fabrikanten der Arbeitgebervereinigung in Iserlohn ein Schreiben gerichtet, in dem er seine Vermittlung bei dem dortigen Konflikt angeboten hat. Darauf ist folgende Antwort erfolgt, die wir nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung wiedergeben:

„Ihr gefl. Schreiben vom 16. d. M. ist in der heute abgehaltenen Sitzung unserer Vertrauenskommission vorgelegt worden und erwidern wir Ihnen darauf, daß es unsere Vereinigung aus folgenden Gründen ablehnen muß, mit Ihrem Vorstand in Verhandlungen über die Beilegung der hier schwebenden Streitangelegenheiten einzutreten: Die Generalversammlung unserer Vereinigung hat wiederholt einstimmig beschlossen, nach den bei Verhandlungen mit den hier bestehenden Arbeiterorganisationen gemachten Erfahrungen und nach den Vorgängen der letzten Zeit, auf weitere Verhandlungen mit den Gewerkschaften zu verzichten. Das von ihnen in dem Schreiben hervorgehobene Bestreben, den Frieden herbeizuführen im Interesse der ferneren geordneten Entwicklung der hiesigen Industrie und ihres Verhältnisses zu der Arbeitererschaft, ist weder in den Veröffentlichungen der hiesigen Streikleitung, noch in den Verhandlungen der hier abgehaltenen Volksversammlungen, noch in den Bekanntmachungen und Artikeln der Metallarbeiter-Zeitung, des Organs Ihres Verbandes, zu erkennen. Wir hoffen auch ohne fremde Vermittlung auf direktem Wege mit unseren Arbeitern zu den friedlichen Zuständen zurückzugelangen, die vor der Einmischung berufsunwürdiger Gewerkschaftsführer in unsere inneren Betriebsverhältnisse bestanden haben. Dabei werden wir die unseren Arbeitern zustehenden Rechte ebensowenig verkürzen, wie wir unsere Rechte antaun lassen.“

Nach der Fabrikantenvereinigung hätte sich also die Metallarbeiter-Zeitung hübsch artig verhalten und kein Wort der Kritik über die Aussperrung äußern sollen. Diese Zuneigung richtet sich von selbst. Wenn ferner gesagt wird, man hoffe auf direktem Wege mit den Arbeitern zu friedlichen Zuständen zu gelangen, so fragen wir: Welche Schritte hat die Fabrikantenvereinigung in dieser Richtung unternommen? Die beabsichtigte Wiedereinstellung der Arbeiter, die aus der Organisation austreten wollen, oder die Herbeiführung von Arbeitswilligen von auswärts sind jedenfalls Maßnahmen, die das Gegenteil von friedlichen Zuständen bezwecken.

Zustehende Rechte sollen nicht angetastet werden! Aber was versteht die Fabrikantenvereinigung unter „zustehenden Rechten“? Nach einer Mitteilung der christlichen Arbeiterzeitung sollen die Fabrikanten nun nicht mehr darauf bestehen, daß die Leute aus der Organisation austreten. Zu diesem Entschlusse sollen sie gekommen sein, weil der Arbeitswilligenfang bisher ziemlich ergebnislos gewesen ist.

Am 28. Mai standen der Arbeitersekretär Limberg und der Buchdruckereibesitzer Beutler aus Iserlohn vor der Strafkammer in Hagen. Limberg war angeklagt, im Februar ds. Jrs. dem Fabrikanten Heus gegenüber einen Erpressungsversuch verübt, ferner Arbeitswillige zwangsweise von der Arbeit abgehalten zu haben. Der zweite Angeklagte soll zu letztgenannten Vergehen Beihilfe geleistet haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen Limberg 8 Monate und gegen Beutler 14 Tage Gefängnis. Das Gericht beriet eine volle Stunde und erkannte Limberg des Erpressungsversuches für nichtschuldig, dagegen verurteilte es ihn wegen Vergehens gegen § 163 der Gewerbeordnung zu zwei Monaten Gefängnis, Beutler wegen Beihilfe zu drei Tagen Gefängnis. Der Verhandlung wohnte im Auftrage der Regierung der Regierungsrat Noedenbeck-Amsberg bei.

Wodurch die beiden sich des „Vergehens“ schuldig machten, ist uns unbekannt, wir werden das, wenn näherer Bericht vorliegt, nachtragen.

Von der Unterweser.

Während des Druckes der vorigen Nr. erhielten wir die telegraphische Mitteilung, daß beim Vulkan eine Einigung erzielt sei und daß auch bei Tecklenborg sie in Aussicht stehe, da nur noch die Zustimmung der Versammlung der Arbeiter nötig sei. In einem Teile der Auflage konnten wir diese Nachricht noch bringen.

In Begesack fand am 18. Mai abends eine von 2000 Arbeitern des Vulkan besuchte Versammlung statt, in der die Vertreter der Organisationsvereine Bericht über die gegenwärtige Lage gaben und der Versammlung empfahlen, die zwischen der Direktion und den Organisationsvereinen getroffenen Vereinbarungen zu akzeptieren. Nach längerer Debatte wurde gegen zwei Stimmen nachstehende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung der Arbeiter des Bremer Vulkan erklärt sich mit den zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Werkdirektion getroffenen Vereinbarungen einverstanden und hofft, daß durch die Annahme der Einigungsvorschläge auch die Firma F. C. Tecklenborg durch Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter Abmachungen über die Arbeitsbedingungen ihrer Arbeiter trifft, die zu einem gedeihlichen Verhältnis für die Zukunft führen.“

- 1. Die bestehenden Tarifordnungen bleiben bestehen. Die neue Arbeitsmethode wird durchgeführt. Die Akkordüberschüsse werden voll ausgezahlt.
- 2. Die Sperren, die seitens der Arbeiter über die einzelnen Betriebe verhängt worden sind, sollen aufgehoben werden und wird dies in allen Betrieben, welche die Sperren veröffentlicht haben, bekanntgegeben.
- 3. Die jetzt bestehende Arbeitsordnung muß anerkannt werden.
- 4. Jede Agitation oder Maßregelung von Kollegen auf der Werkst ist verboten. Zuwiderhandelnde sollen sofort entlassen werden.
- 5. Bei weiteren Unruhen über die Befolgung der Abmachungen, durch die erkannt wird, daß dieselben absichtlich umgangen werden, erfolgt Schließung der Werkst, sofern eine Einigung zwischen beiden Parteien oder deren Vertreter auf der Werkst nicht erzielt werden kann.

Begesack, den 14. Mai 1903.

Am 19. Mai fanden auch die Verhandlungen zwischen der Direktion der Firma Joh. C. Tecklenborg N.-O. und den Vertretern der Arbeiter statt. Nach circa 3 1/2 stündigen Verhandlungen wurde auch hierbei ein Resultat erzielt, das in folgenden Festlegungen besteht:

- 1. Alle Leute müssen sich verpflichten, Akkordarbeiten zu übernehmen, deren Höhe vorher mit den Unternehmern von Fall zu Fall festgestellt werden.
- 2. Die Einstellung von Arbeitern erfolgt ohne Kündigungsfrist auf Probe.
- 3. Eine Einigung beim Bremer Vulkan muß ebenfalls stattgefunden haben.
- 4. Jede Agitation und Maßregelung von Kollegen auf der Werkst ist verboten. Falls dieselbe doch stattfindet, sollen die Täter sofort entlassen werden.
- 5. Bei weiteren Zwistigkeiten über die Befolgung der Abmachungen, durch die erkannt wird, daß dieselben absichtlich umgangen werden, erfolgt Schließung der Werkst, sofern eine Einigung zwischen beiden Parteien oder deren Vertreter auf der Werkst nicht erzielt werden kann.

Geestmünde, den 19. Mai 1903.

Die Versammlung der Arbeiter von Tecklenborg, die zu diesen Abmachungen Stellung nahm, fand am 19. Mai vormittags im Kolosseum in Bremerhaven statt. Es herrschte bei allen eine ernste Stimmung, man war sich bewußt, daß die Bedingungen nicht dasjenige erfüllen, was man erwartet, aber man sagte sich, daß angesichts der ganzen Verhältnisse man dem Arbeitgeberverband auch das letzte nehmen mußte, was diesen auch nur den Schein eines Vorwandes zu weiteren provokatorischen Maßnahmen, zu weiteren Aussperrungen geben konnte. Die Diskussion war eine äußerst reger, sie währte fast vier Stunden und in ihr kam die Entrüstung über das Vorgehen der Werkst sowohl wie des Arbeitgeberverbandes noch einmal zum vollen Ausdruck. Gegen 1 Uhr mittags war die Beratung beendet und gelangte nunmehr folgende Resolution mit allen gegen 70 Stimmen zur Annahme:

„Die heute Mittwoch, den 20. Mai, vormittags im Kolosseum zu Bremerhaven tagende Versammlung der Tecklenborgischen Arbeiter gibt zu den zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Direktion der Tecklenborgischen Werkst getroffenen Abmachungen ihre Zustimmung.“

Einstimmig wurde außerdem noch folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung verpflichtet sich, mit voller Kraft darauf hinzuwirken, daß sämtliche Arbeiter, die auf den Werken beschäftigt sind, den Organisationen zugeführt werden, damit sie in Zukunft den nötigen Rückhalt und Schutz haben, um den Maßnahmen des Arbeitgeberverbandes an der Unterweser mitzujammern entgegenzutreten zu können.“

Am Freitag den 22. Mai, früh 8 Uhr, ist die Arbeit auf den beiden Werken wieder aufgenommen worden.

Nach späteren Nachrichten sollten bei Tecklenborg 60 Prozent der Arbeiter nicht wieder angenommen worden sein, beim Vulkan 40 Mann. Diese Nachrichten klangen ganz unglücklich. Die Bremer Bürgerzeitung teilt nun folgendes mit:

„Auf die Beendigung der Tecklenborgischen Aussperrung beruhte bekanntlich auch die Wiederherstellung des alten Zustandes beim Bremer Vulkan in Begesack. In beiden Betrieben sollte Freitag früh die Arbeit wieder aufgenommen werden. Die Wiedereinstellung des Bremer Vulkan ist ihrem Versprechen nicht nachgekommen. Bei der gestrigen Wiederaufnahme der Arbeiter sind 126 Arbeiter zurückgewiesen worden. Eine Anzahl weiterer Arbeiter haben sich daraufhin den Zurückgewiesenen, meist verheirateten Leuten und solchen, welche zum Teil lange Jahre auf der Werkst beschäftigt waren, angeschlossen.“

Über die sonderbare und ganz unverständliche Maßnahme der Direktion haben bereits Verhandlungen zwischen den Vertretern der Metallarbeiter- und der Werksarbeiterorganisation, Ulrich und Windhövel, einerseits und der Direktion andererseits stattgefunden und soll eine abends tagende Versammlung das weitere entscheiden.“

Nach einer Mitteilung, die uns bei Schluß des Blattes zugeht, handelt es sich beim Vulkan um circa 10 Mann, die nicht wieder Aufnahme finden sollen.

Generalaussperrung der Bauarbeiter.

In einer Sitzung der Baugewerksmeister, die am Mittwoch den 20. Mai abends in Bremen stattfand, wurde beschlossen, daß die Generalaussperrung im Baugewerbe am Sonnabend erfolgen solle, falls sich die ausländischen Klempner bis Freitag mittag nicht verpflichten, die Bedingungen des Arbeitsvertrages anzunehmen und die Versicherung abgeben, auf ein weiteres Jahr überhaupt keine Forderungen zu stellen. Der Beschluß wurde mit 126 Stimmen gegen 9 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen gefaßt.

Die Maurer und Zimmerer haben zu diesem Beschluß sofort in Versammlungen Stellung genommen. Mit welcher geradezu wahnwitzigen Leichtfertigkeit das Scharfmachertum jetzt zu Werke geht, darüber wurden in der Maurerverversammlung interessante Mitteilungen gemacht. Einem Mitglied des Maurerverbandes war es vergönnt, der Sitzung der Baugewerksmeister beizuwohnen. Er berichtete das folgende darüber:

Über den Klempnerstreik, der doch den Anlaß zu der Versammlung der Baugewerksmeister gegeben haben soll, sei merkwürdigerweise fast gar nicht gesprochen worden. Der Vorsitzende Leihmann habe einleitend ausgeführt, daß es jetzt an der Zeit sei, einen Schlag gegen die Organisationen zu führen.

Seelkamp sei ebenfalls der Meinung gewesen, daß man noch acht Tage warte und dann aber alles aussperrt, was auf dem Bau arbeite: sämtliche Arbeiter, Tischler, Maler u. s. w. Warum gerade die Maurer allein darunter leiden sollen, könne er nicht einsehen, diese würden dann auch wohl noch mit Forderungen kommen.

Köstermann habe sich gegen die allgemeine Aussperrung, wie Seelkamp sie wünschte, gewandt; ferner gegen ein Hinausschieben. Man solle nicht bange sein. Jede Stunde des Hinausschiebens gereiche den Baugewerksmeistern zum Schaden. Die Bauunternehmer seien stark genug. Ausdauern müßten sie, und wenn es Monate dauere. Gingen sie siegreich hervor, so hätten sie alles bekämpft, was sie bekämpfen wollten. So wie es jetzt sei, könne es nicht weitergehen. Wenn j. B. einmal nachgearbeitet werden solle, so würde es einfach nicht getan. Ein Bauunternehmer habe nichts mehr zu sagen.

Behrens habe ausgeführt, man solle sich nicht bange machen lassen. Es heiße: Sein oder Nichtsein. Fasse man nicht zu, so sei man verloren. Würde sie das Schicksal überkommen, daß Schmalzfeldt gewählt werde, so hätten sie keine Ruhe mehr, dann gehe es ihnen schlecht.

Blanke habe gemeint: Nicht lange beginnen. Frische Fische, gute Fische! Behrens habe recht, der wisse von allem Bescheid, so wie es jetzt die Maurer machen, könne es nicht weiter gehen.

Kahr's hätte die Meinung vertreten, daß es doch eine schwere Sache sei. (Zurufe von den Baugewerksmeistern.)

Struckmann habe den Klempnerstreik gestreift und sich gegen die Forderungen gewandt, kleinen Lohnverböhrungen würde man zugestimmt haben. Gegen den fortgesetzten Kampf habe er sich auch gewandt und sei dann die Aussperrung eingetreten. Sein Wunsch sei gewesen, daß dieselbe so ausfalle, daß die Baugewerksmeister in Zukunft ruhig leben könnten. Weiter habe er den Wunsch ausgesprochen, einen Fonds zu gründen, aus welchem Bauunternehmer, welche durch Streiks oder Aussperrungen außerstande, etwaige Verträge bezüglich Lieferungsfrist innezuhalten, entschädigt werden.

Parizot habe angefragt, was er machen solle; er habe Straßen aufreißen lassen, die doch vor der Aussperrung dicht gemacht werden müssen, andernfalls ihm der Staat auf dem Pelz rücken werde.

Darauf habe der Vorsitzende Leihmann geantwortet, daß man solches ruhig einer Kommission überlassen solle. Er könne die Mitteilung machen, daß er mit Bürgerchaftsmitgliedern aller Parteidatierungen (auch mit Sozialdemokraten?) Red. gesprochen habe; diese hätten gesagt: nur zu, wir wollen das schon belverstelligen. Und was den Senat anbetreffe, der sei doch ganz gewiß auf ihrer Seite, darum brauche man kein Wort zu verlieren. Das Publikum sei auch auf Seite der Baugewerksmeister. Er bedaure, daß sie diese Schritte unternehmen müssen, es werde manchen Menschenleben treffen. Wollten sie aber Meister bleiben, so könnten sie nicht anders handeln. Man müsse so lange aussperrt, bis Ruhe und Frieden ist.

Blanke habe sich dem angeschlossen.

Parizot sei nun zufrieden gewesen.

Lütke sei noch für lange Verträge eingetreten.

Die Abstimmung über die oben angeführten Anträge war eine geheime. Es stimmten dafür 126, dagegen 9, zwei der Anwesenden enthielten sich der Abstimmung durch Abgabe weißer Zettel.

Zu den Abstimmungen sei noch bemerkt, daß das Verbandsmitglied, um keinen Verdacht aufkommen zu lassen, mitkündete, selbstredend bei der geheimen Abstimmung gegen die Anträge. In Wirklichkeit hätten also nur acht Baugewerksmitglieder gegen die Anträge gestimmt.

Nach der Abstimmung mußte jeder der Anwesenden sich durch Namensunterschrift verpflichten, den Beschlüssen gemäß handeln zu wollen. Auf das bloße Ehrenwort der Baugewerksmeister könne man nicht allzuviel geben, damit habe man schon schlechte Erfahrungen gemacht.

Als nun das Verbandsmitglied der Maurer beim Gänsemarsch in die Nähe des Tisches kam, wo die Unterschriften abgegeben wurden, wollte es sich „dünnen“ machen, was ihm aber nicht gelang. Und als sich bei der Unterschriftabgabe herausstellte, daß er gar nicht Baugewerksmeister war, wurde er unter höchst schmeichehaften Worten buchstäblich hinausgeworfen.

Der Berichterstatter ergänzte seine Ausführungen noch dahin: Seelkamp habe ausgeführt, man solle erst abwarten, was bei den Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgemacht werde, darauf habe Herr

Leihmann geantwortet: es werde einfach beschlossen, auszusperrt.

Soweit die Berichterstattung des unberufenen Teilnehmers an der Versammlung der Baugewerksmeister. — Aus den Verhandlungen der Maurerverammlung ist noch weiter zu berichten:

Berg erstattet Bericht über den Verlauf der gepflogenen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Während Herr Struckmann in bekannter diplomatischer Weise von einem gütlichen Einwirken auf die Beilegung des Klempnerstreiks gesprochen habe, sei von Herrn Dornedden gesagt, es müsse biegen oder brechen. Und es lasse sich nicht biegen, folglich müsse es brechen. Herr Leihmann, der Schürste der Scharfen, habe von den Maurern die Beendigung des Klempnerstreiks verlangt und zwar bedingungslos. Wiederenaufnahme der Arbeit und Verpflichtung, während der nächsten drei Jahre mit Forderungen nicht kommen zu wollen. Hiddessen ist der Meinung, daß die Unternehmer sich schon lange mit dem Gedanken befaßt haben, die hiesigen Maurer auf die Straße zu werfen. So sei es auch verständlich, wenn zu einer Zeit, wo in Bremen 300 arbeitslose Maurer vorhanden, von auswärts Arbeitskräfte in großer Zahl heranzuziehen versucht wurde.

Becker, ein alter graubärtiger Mann, ist der Meinung, daß, falls die Aussperrung perfekt werde, alle Arbeiter, die bisher bei Differenzen glaubten, für ihre Meister Interesse und Liebe an den Tag legen zu müssen, sich sagen werden: Das ist jetzt vorbei! Die Maurer haben kein Recht, von den Klempnern die Wiederaufnahme der Arbeit zu verlangen.

Ein Vertreter der Klempner bestreitet ganz entschieden, daß die Klempnermeister bereit gewesen seien, eine kleine Lohnverböhrung einzutreten zu lassen. Alle Verhandlungen haben sie kurzerhand abgelehnt. Und wir hätten wahrscheinlich noch heute den Streik nicht, wenn nicht eine aus Anlaß einer Maßregelung verhängte Sperre die Unternehmer zur Drohung mit der Aussperrung

ven doppelten Raum beanspruchen. Viele derartige Dinge werden von den Ortsverwaltungen erledigt, ohne, daß es meiner Hilfe bedarf. Wieder, wie in den beiden letzten Berichtsperioden, war es auch in nicht allen Fällen möglich, den Kollegen zu helfen, weil die Krisis der Unternehmerrationalität nur zu viel Vorschub leistet. Diese Wirkung der Krisis hat ihre schweren Schattenseiten. Die Kollegen sind sich bewußt (in vielen Fällen), daß die Organisation jetzt nicht viel helfen kann, und — schweigen gänzlich zu vielen, vielen Vorkommnissen in den Werkstätten. Das ist natürlich vollkommen falsch. Es mögen die Dinge noch so ungünstig für die Arbeiter stehen, aber es mögen auch die Maßnahmen noch so unbedeutend erscheinen, die Werkstättenvertrauensleute müssen in jedem einzelnen Fall der Ortsverwaltung Kenntnis von allen Maßnahmen der Unternehmer geben, die von irgend welchem Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind. Ist es dann auch nicht möglich, bessernd einzugreifen, so muß doch jeder derartige Fall „registriert“ werden, um bei besserer Konjunktur den Herren Unternehmern einmal vorzuhelfen, wie sie in der Zeit der Krisis den Arbeitern mitgespielt haben.

Von den Differenzen, bei welchen meine Hilfe beansprucht wurde, seien die wichtigsten hier kurz erzählt. In Rathenow war es der Streit bei der Firma Mitsche & Günther. Die Ursachen lagen in der mit Einführung neuer Arbeitsmethoden verbundenen Verschlechterung der Lohnverhältnisse. Es ist selbstredend, daß wir uns niemals gegen die Einführung verbesserter Methoden (um solche handelte es sich) wenden, sofern dadurch nicht auch eine Verschlechterung der Lebenslage eintritt. Was der ganzen Sache jedoch noch weit größere Wichtigkeit gab, ja, für die ganze Rathenower Industrie von hoher Bedeutung war, und noch heute ist, ist der Umstand, daß die genannte Firma durch diese neuen Arbeitsmethoden glaubte, den Herstellungspreis derart erniedrigen zu können, daß sie ihren Kunden die Ware billiger als jede andere Rathenower Firma anbot. Dadurch wurden die übrigen Fabrikanten gezwungen, Lohnreduktionen vorzunehmen, um nicht Mitsche & Günther sozusagen das Monopol zu überlassen. — Der Streit ging verloren. Sein Verlauf ist in der „Metallarbeiter-Zeitung“ eingehend genug geschildert, und ist auch namentlich das vorzeitige Ende, durch den Treubruch der Gewerkschaften herbeigeführt, eingehend beleuchtet. Es wäre keine gänzliche Niederlage ohne diesen Umstand eingetreten. Die Rathenower Kollegen jedoch stehen nun, das ist die Folge, vor ständigen Lohnrückgängen, zu deren Abwehr die ganze Kraft der Organisation eingesetzt werden muß, sobald die Konjunktur günstig ist. — Aufser diesem Streit hat Rathenow gleichzeitig noch eine Reihe kleinerer Differenzen erlebt, die jedoch zum größeren Teil zu Gunsten der Arbeiter erledigt sind.

In Anklam ist es gelungen der Organisation Eingang zu verschaffen. Es ist dies freilich nicht das erste Mal. Schon dreimal hat eine Verwaltungsstelle bestanden und durch verschiedene Umstände stets wieder eingegangen. Auch diesmal ist nicht mehr wie alles versucht worden, die Organisation zu unterdrücken. Maßregelungen der denkbar brutalsten Art mögen wie in Anklam auch an anderen Orten vorkommen. Auch das ein Fabrikant jeden entläßt, der sich einer Organisation anschließt, ist nichts Neues. Schließlich ist es auch oft genug dazwischen, daß besondere Spindel ermaunt wurden mit der Aufgabe, die Organisierten namhaft zu machen, und daß die Polizei die Listen der Organisierten den Unternehmern aushändigt. Aber das alles hat der Fabrikant Münther in Anklam überboten, respektive ist in seinem Fall überboten worden. Es ist von einem „Kollegen“, dem Former Mewing eine Urkundenfälschung begangen worden, um in den Besitz der Liste der Organisierten zu kommen und diese dem Fabrikanten auszuhändigen zum Zweck der Maßregelung! Das sind zwei Charaktere: Der Arbeiter, der solcher Handlungen fähig ist, und der Fabrikant, der es, als das für ihn günstigste angenommen, nicht verachtet, die auf solche Art erlangte Liste zum Zweck der Maßregelung zu benutzen! Muß der Mann eine Angst vor der Organisation haben! Ursache hat er ja: Er zahlt solche Schandlöhne, daß er bei vollem Einzug der Organisation auf eine böse Abrechnung gefaßt sein müßte. — Doch genug: Es ist der Organisation Eingang verschafft, trotz alledem! — In Köstlin war meine Anwesenheit mehrfach wegen Nichterhaltung des Vertrags mit den Unternehmern nötig. Diese Angelegenheiten sind ohne Streit erledigt worden. In Fürstentum hatte die Firma Hirsch trotz des allgemeinen schlechten Geschäftsganges erst einmal den Fesseln, sodann der größeren Zahl der gesamten Arbeiter Überstunden „bis 1000“ zugewendet, und andere „schöne“ Dinge noch obendrein. Die Former verweigerten die Überstunden, was bei der Masse der anderen Kollegen nicht angängig war. Es fanden dann Vorbesprechungen mit den anderen Organisationen (Verband der Kupferschmiede und Gewerksverein) statt, und schließlich eine Protestversammlung, die so stark wie nie zuvor eine besucht war. Es wurde eine Denkschrift an den Herrn Geheimen Kommerzienrat gefaßt, in welcher 1. Beseitigung der Überstunden, eventuell Höherbezahlung derselben, 2. Vermeidung weiterer Lohnabzüge, 3. ein Affordtarif, 4. Einsetzung eines Arbeiterschlichters zur Lösung der sonstigen Mißstände gefordert wurde. Es ist auch schließlich die Kommission empfangen, und es sind einige Zugeständnisse gemacht worden, natürlich unter Betonung des „Herrenrechtes“, Schimpfen auf die „Sozialdemokraten“, auf die „Verückung“ und mer weiß was noch alles. Die Organisation macht jedoch nun erfreuliche Fortschritte und ist zu hoffen, daß man über kurz oder lang mehr erreicht. — In Güstrow war wegen Lohnabzügen respektive Affordtarif ein Formerstreit ausgebrochen. Die Kollegen haben leider nicht dem Statut die nötige Beachtung geschenkt, und ohne jede Nachricht an den Vorstand und an meine Person die Arbeit niedergelagt. Ferner ist auch bei der Berichterstaltung über die vor dem Streit bestehenden Verhältnisse in der Rede nicht wahrheitsgemäß verfahren worden, so daß der Streit besser unterblieben wäre; er hat mit einer Niederlage geendet. Nachher sind aus der Beilegung noch persönliche Reibereien entstanden, die abermals meine Anwesenheit dort nötig machte. — In Stettin sind Differenzen bei den Firmen Stoewer, Aktien-Gesellschaft, und Gebrüder Stoewer, sowie einigen kleinen Buden entstanden. Von der Leitung des „Vulkan“ sind bei den großen Entlassungen wegen Arbeitsmangel die ältesten Arbeiter und die Organisierten zuerst aufs Kflaster geworfen worden. Alle diese Dinge konnten nur agitatorisch ausgenutzt werden, da der Stand der Organisation ein zu ungünstiger war. Hierauf komme ich noch zurück.

Angriffswaise Bewegung mußte fast gänzlich unterbleiben. Es ist nur in Köpenick durch eigenes Eingreifen der örtlichen Verwaltung eine kleine Lohnaufbesserung erzielt worden. In Stettin wurden noch im Dezember die ersten Schritte getan zur Einseitung einer Lohnbewegung der Klempner, die zu Gunsten der Arbeiter beendet ist.

Organisationsarbeiten sind zahlreich geleistet worden. Von den kleineren Anregungen und gelegentlichen Ratsschlägen alle zu berichten, würde zu weit führen. Es seien hier nur die wichtigsten Angelegenheiten erwähnt.

Die Vorortie Berlins arbeiten naturgemäß am praktischsten, wenn sie an die Berliner Verwaltung sich anschließen. Es wohnen eine große Zahl von Kollegen in den Vororten, die in Berlin arbeiten und umgekehrt. Es ist also zunächst nur schwer oder gar keine Kontrolle zu führen, sondern aber werden diese Kollegen in Lohnbewegungen und Streiks verwickelt und in Verwaltungsangelegenheiten, Arbeitslosenkontrolle etc., haben sich eine Reihe von Schwierigkeiten ebenfalls gezeigt. Steglitz, Lichterfelde und Charlottenburg bildeten eine Verwaltung unter dem Namen „Steglitz“. In Charlottenburg waren aber außerdem noch Mitglieder in den Berliner Liste geführt. Diesem Uebelstand abzuhelfen fand eine Konferenz in Berlin statt, an der die genannten Verwaltungen, meine Person, und die Verwaltung Berlins teilnahmen. Das Resultat war der Übertritt der Verwaltung Steglitz nach Berlin, während die Köpenicker ihre bisherige Einrichtung beibehalten haben. — In Senftenberg war eine Regelung des Untertassenerwesens nötig. Die Mitglieder der dortigen Verwaltung wohnen um Senftenberg zerstreut auf Dörfern in der Nähe der Braunkohlebergwerke, die Entfernung von Zehrfert macht die ganze Sache überaus schwierig. Es ist zwar nun etwas besser, das „Ideal“ wie ich es wünsche, ist jedoch noch in ziemlicher Ferne. In Stettin war bislang mit die schlech-

teste und unpünktlichste Beitragsleistung zu verzeichnen. Es sind organisatorische Versuche aller Art gemacht worden, eine Besserung trat nicht ein. Endlich ist dann der entscheidende, allerdings verantwortungsvolle Schritt getan: es ist ein besoldeter Geschäftsführer und Einkassierer angestellt worden. Die Zahlstellen in Restaurationen, Zigarrenhandlungen und bei den Werkstättenvertrauensleuten sind jedoch bestehen belassen, weil der Geschäftsführer bei der großen Ausdehnung der Stadt unmöglich allen Mitgliedern die Karten ins Haus bringen kann, sondern nur diejenigen besucht, die ihre Beiträge gar nicht, oder nicht pünktlich in den Zahlstellen entrichten. Es ist nunmehr Ordnung geschaffen und Stettin in die Reihe der pünktlichen Zahlstellen eingerückt. — Als ich in der Nähe war, habe ich Magdeburg besucht, mich von den dortigen Einrichtungen informiert und vieles nach Stettin übertrugen. Der Bezirksleiter, Kollege Vogt, war auch in Stettin (früher schon Kollege Schlegel) zur Aussprache über praktische und nützliche Einrichtungen und Arbeitsweisen für die Bezirksleitung.

Die mündliche und schriftliche Agitation ist so lebhaft als nur in meinen Kräften stand, betrieben worden. Außer der Zahl der schon oben angegebenen Agitations- (öffentlichen) Versammlungen fanden noch zahlreiche Werkstätten- und Branchen-Versammlungen statt. Ferner ist die kleine Flugchrift „Mehr Lohn, mehr Brot“ in zirka 40000 Exemplaren verteilt worden. Die Wirkung auf die Leiter des Gewerksvereins war — recht erheitend, wenn man die Worte respektive das Urteil, und die später (also jetzt) vollzogenen Tatsachen zusammenstellt. Gegen das Material selbst war abolut „nichts zu wanken“, es konnte eben nicht angefaßt werden. Nun kommen die Herren her und sagen sie brauchen den guten Rat des Herrn Rohrlack nicht, sie wüßten selbst, was sie zu tun haben. In meinem Schriftchen sage ich auf Seite 5:

„Es muß ein hoher Mitgliederbestand mit hohen Beiträgen verbunden sein, wenn man mit Energie den Brotvorkämpfern und Lohnrückgängern entgegen arbeiten will.“

Ferner auf Seite 7:

„... daß in Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage Einrichtungen, wie sie der Gewerksverein geschaffen hat, nicht genügen, dieser also weiter ausgebaut werden müßte, wenn er der sich selbst gestellten Aufgabe gerecht werden soll.“

Sodann weise ich auf die lange Wartezeit bei den Unterstützungen etc. hin und bringe das nötige Material — welches nicht angefochten worden ist! — Hiermit sage ich auf Seite 11:

„Alles das soll uns durchaus nicht hindern, wenn Ort, Zeit und Umstände es angängig erscheinen lassen, schon jetzt ein vorübergehendes Zusammenarbeiten mit dem Gewerksverein anzuhängen, denn es handelt sich in dem vorliegenden Flugblatt eben nur darum, durch Kritik der bestehenden Verhältnisse zur Klärung beizutragen und den Kollegen zu zeigen, daß für die nächste Zeit starke, kräftige, von den rechten Grundfragen geleiteten Organisationen eine unerlässliche Voraussetzung für die Wahrung der Rechte des Arbeiters und für die Lebensinteressen desselben unbedingt nötig sind.“

Man sieht, daß hier eine einfache, streng sachliche Kritik vorliegt, eine Kritik, die um so berechtigter ist, weil wir es den Herren besser vorgebracht haben, und weil die Arbeiterschaft durch den großen Aufbruch zum Verband (zur Zeit zirka 140000 Mitglieder) unseren Weg für den rechten erklärt hat. Herr Dornblüth aus Bromberg geht sogar so weit, zu sagen, daß ... doch die Werkführer auch hohe technische Kenntnisse besitzen ... O, heilige Einfalt! Also der technischen Kenntnisse wegen werden die Herren Werkführer gern gehen beim Gewerksverein und vielleicht auch deswegen in leitende Ortsvereinstellen gewählt! Auf den Kernpunkt der Sache, daß jemand als Beamter einer Arbeiterorganisation nicht bei demselben Fabrikanten, dessen Interessen er als Werkführer wahren soll, auch noch die Arbeiterinteressen vertreten kann, darauf geht Herr Dornblüth nicht ein, sondern — schimpft!

Das Beste an der ganzen Sache ist nun das folgende. Die Berechtigung der Kritik wird mir abgesprochen. Ich möchte weinen vor Schmerz darüber, muß aber notgedrungen lachen, denn in Nr. 18 des „Regulator“ findet sich ein Protokoll von einer Generalversammlung, in welcher — Erhöhung der Beiträge dringend empfohlen wird und in dem ferner zu lesen steht, daß Herr Hank sich für — Verkürzung der Karenzzeit ausspricht!

Der Verlauf der Krisis wird durch die nachstehenden Tabellen gekennzeichnet:

Ort	Zahl der Betriebe		Zahl der beschäftigten Arbeiter				Mittl. als wöchentliche Arbeitszeit in Stunden im 2. Halbjahr 1902	Mittl. als wöchentliche Arbeitszeit im 2. Halbjahr 1901
	1901	1902	Ende Juni 1901	Ende Febr. 1901	Ende Juni 1902	Ende Febr. 1902		
Brandenburg	14	14	2915	2612	2773	2870	1	1019
Cottbus	6	7	302	274	291	388	1	22
Eberswalde	6	6	1424	1424	1123	1280	1	22
Fürstentum	8	8	393	339	425	451	7	132
Forst	14	13	277	278	250	291	—	—
Frankfurt a. O.	8	8	466	446	472	550	—	—
Fürstentumwalde	4	5	1184	1188	1228	1304	—	—
Gassen	2	2	661	661	737	769	2	737
Guben	11	11	174	174	214	204	8	192
Güstrow	8	8	212	204	225	218	1	28
Heegermühle	3	3	759	759	844	926	—	—
Köpenick	4	5	261	240	339	290	—	—
Köstlin	6	6	126	137	126	141	—	—
Landsberg	6	6	1100	893	878	645	3	220
Ludenwalde	17	16	652	678	653	653	3	49
Lütz	3	3	39	39	37	37	—	—
Neu-Ruppin	6	6	104	94	125	125	—	—
Nowawes	5	5	542	379	482	461	—	—
Potsdam	6	6	276	276	299	300	—	—
Prenzlau	5	5	179	262	259	234	2	234
Rathenow	13	13	1411	1411	1411	1332	2	184
Reppen	2	2	121	124	120	116	1	20
Rohlfod	6	6	778	659	673	629	3	515
Schwerin	3	3	69	69	62	59	—	—
Schwiebus	6	6	136	117	126	132	4	79
Soran	4	7	116	68	124	112	4	29
Steglitz	7	—	963	692	663	—	—	—
Stettin	14	17	10489	9389	8823	8616	—	—
Stralsund	8	9	283	265	226	250	1	17
Torgelow	8	8	762	762	864	864	1	172
Werder	—	1	—	—	—	40	—	—
Wetzhan	—	3	351	361	370	507	2	450
Wriezen	—	1	78	78	90	90	—	—
Wismar	11	11	321	283	287	300	—	—
Wittenberge	—	1	—	—	—	51	—	—
Summa	228	251	27924	25604	25621	25236	50	4059

Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit wurden ver-

langt:

im 2. Halbjahr 1901 in 34 Betrieben von 712 Arbeitern

= 1. = 1902 = 52 = 2001

= 2. = 1902 = 43 = 2111

Mehr als 60 Stunden regelmäßige Arbeitszeit pro Woche hatten:

im 2. Halbjahr 1901 60 Betriebe mit 4019 Arbeitern

= 1. = 1902 45 = 3373

= 2. = 1902 50 = 4059

BetriebsEinstellung ist nur eine zu verzeichnen: Diepe&Bresch,

Fabrikfabrik in Vranenburg. Dagegen sind in Cottbus, Köpenick

und Stralsund je ein Betrieb mehr gezählt, in Sorau und Stettin

je drei. Es handelt sich jedoch nicht um Neugründungen, sondern

um Betriebe, für die früher keine Angaben zu erlangen waren.

Werder und Wittenberge sind als neue Verwaltungsstellen ebenfalls

zum ersten Male eingerechnet.

Die BetriebsEinschränkungen zeigt folgende Tabelle:

Ort	Vertürzte Arbeitszeit hatten			
	im 2. Halbjahr 1901	im 1. Halbjahr 1902	im 2. Halbjahr 1901	im 2. Halbjahr 1902
Brandenburg	5	1443	2	1154
Cottbus	3	208	2	130
Eberswalde	3	552	—	—
Fürstentum	2	65	—	—
Forst	5	97	—	—
Frankfurt	4	221	—	—
Fürstentumwalde	1	300	—	—
Gassen	1	150	—	—
Guben	2	42	3	60
Güstrow	1	81	—	—
Heegermühle	1	59	—	—
Köpenick	1	35	—	—
Köstlin	1	26	—	—
Landsberg	3	817	2	750
Ludenwalde	3	92	2	83
Neu-Ruppin	2	25	3	95
Nowawes	1	345	1	300
Potsdam	1	22	—	—
Prenzlau	3	197	—	—
Rathenow*	?	?	?	?
Reppen*	?	?	?	?
Rohlfod	1	105	1	105
Schwerin	1	27	—	—
Schwiebus	6	117	—	—
Soran	2	42	—	—
Steglitz	2	239	2	257
Stralsund	3	70	—	—
Torgelow	4	227	5	285
Wetzhan	1	286	3	370
Werder	—	—	—	—
Wriezen	1	16	—	—
Wismar	1	85	—	—
Wittenberge	—	—	—	—
Summa	65	5881	34	4405

Die Abzüge von Lohn- und Akkordfäden zeigt folgende Aufstellung:

Ort	Abzüge von Lohn- und Akkordfäden erlosener			
	im 2. Halbjahr 1901	im 1. Halbjahr 1902	im 2. Halbjahr 1901	im 2. Halbjahr 1902
Brandenburg	1	122	—	—
Cottbus	1	144	—	—
Eberswalde	—	—	1	140
Fürstentum	—	—	1	26
Fürstentumwalde	1	10	1	24
Frankfurt a. O.	2	53	1	7
Fürstentum	1	94	1	30
Gassen	1	243	—	—
Guben	1	25	—	—
Güstrow	—	—	—	1
Heegermühle	3	759	—	—
Landsberg	1	580	1	580
Ludenwalde	1	10	—	—
Nowawes	—	—	—	1
Rathenow	—	—	—	2
Rohlfod	1	375	1	61
Soran	1	30	—	—
Steglitz	—	—	1	30
Torgelow	8	450	7	287
Summa	23	2895	15	1187

Betrachtet man das Zahlenmaterial, so geht zweifellos daraus

hervor, daß von einer Besserung der Konjunktur noch immer nicht

gesprochen werden kann. Die Zahl der Beschäftigten in Groß-

betrieben kam mit der Zahl des vorigen Berichtes natürlich nur in

Vergleich gestellt werden, wenn man nur die Betriebe rechnet, die

bei beiden Zählungen in Betracht kommen. Es sind darnach abzu-

ziehen die stetiger Betriebe, da dieser Ort jetzt ausscheidet, und

die im vorliegenden Bericht neu aufgeführten Betriebe. Dann stellt

sich die Zahl der Beschäftigten zu Ende Juni 1902 auf 24944, zu

Ende Dezember 1902 auf 25036 Arbeiter.

Es ist dies eine so geringfügige Zunahme, daß sie absolut gar

nicht in Betracht kommt. Allerdings ist das das Gesamtbild. Greift

man einzelne Orte heraus, so finden wir nennenswerte Zunahmen

nur in Brandenburg, Köstlin, Eberswalde, Frankfurt, Fürstentum

walde und Wetzhan. Demgegenüber stehen die Abnahmen in Köpenick,

Landsberg, Rathenow und Stettin. Im letztgenannten Ort ist es

nur der Vulkan, wo die Entlassungen sehr erhebliche waren. Der

T. Sache, daß die Überstundenarbeit sich wieder vermehrt hat, und

daß die 11-stündige Arbeitszeit in mehr Betrieben als große Regel

geworden ist, steht die andere Tatsache der BetriebsEinschränkungen

als „gleichwertig“ gegenüber.

Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung beweist dasselbe.

Sie stellt sich wie folgt:

2. Halbjahr 1900 auf Mk. 2025

1. = 1901 = 4032

1. = 1901 = 7115

1. = 1902 = 7585

1. = 1902 = 7821

Durch die Sammlung des Materials in der jetzigen Form tritt

es nur zu deutlich zu Tage, daß in der Provinz von einer geregelten

Arbeitszeit leider nur in recht wenigen Betrieben gesprochen werden

kann. Sobald ein bisschen Arbeit vorhanden ist, werden Über-

stunden gemacht und ein paar Wochen später wird wieder ver-

kürzte Zeit gearbeitet. Ja, in einigen Betrieben arbeitet eine An-

zahl von Arbeitern nach Feierabend und gleichzeitig müssen an-

dere 1/2 und 1/3 Tage feiern. Auf dem Vulkan in Stettin werden

an einem Tage 100 und mehr Leute auf Kflaster gesetzt, und am

folgenden Tage ebensoviel und noch mehr Leute angenommen! Das

Unternehmertum rechnet aber nur mit dem augenblicklichen Vorteil

— Menschennmaterial ist ja zur Genüge vorhanden. Es wird und

muß Ausgabe der Organisation sein für die Beseitigung dieser Zu-

stände einzutreten. „Bei besserer Konjunktur verkürzte Arbeitszeit“

— das dürfte die nächste Parole sein.

Interessant ist auch die „Verdienstliste“, d. h. die Angaben über

Abzüge von den Lohn- und Akkordfäden. 5 Orte sind es, die in

allen drei Berichtsperioden mit Abzügen glänzen. Natürlich darf

die Gewerksvereins-Hochburg Landsberg a. Warthe nicht fehlen.

unter dem Druckschempel Kottbus war deutlich genug der Stempel Beuthen O. S. zu sehen! Auf das neue Buch hat Rose dann — 70 Mark Arbeitslosenunterstützung erhoben! Die Sache ist am 24. Dezember der Staatsanwaltschaft angezeigt worden, aber bis jetzt noch kein Erfolg! In Senftenberg ist ein Verlust dadurch entstanden, daß der Kaffee einfach behauptet hat, das bare Geld, sämtliche Marken u. s. w. verloren zu haben. Obwohl eine ganze Anzahl Gegengründe angeführt werden konnten, erfolgte Freisprechung, weil der Beweis nicht erbracht sei, daß das Geld und die Marken nicht verloren gegangen seien. Man sieht, daß wir mehr als bisher noch zur Selbstkontrolle und zum Selbstschutz greifen müssen.

Die sonstigen Arbeiten, die die Provinzialkonferenz wünschte, konnten bisher noch nicht weiter gefördert werden. Die Veröffentlichung der Erhebungen über das Lehrungsverhalten ist zurückgeblieben durch andere Arbeiten, nicht nichtig genug erschienen, um mit der Ausführung derselben eine Hilfskraft zu betrauen. Das Schriftchen: „Anteilung zur Hausagitation“, ist aber absichtlich unterblieben, weil der Ausbau des Unterrichtswezens, wie überhaupt die Beschlüsse der Generalversammlung 1908 der Schrift eine ganz andere Unterlage geben werden, die Herausgabe für die kurze Zeit vorher also ungewinnlich erschien.

So sehen wir denn, daß zwar der Stand der Organisation sich bedeutend gehoben hat, wir sehen erfreuliche Fortschritte auch im inneren Ausbau derselben, aber je näher wir uns die wirtschaftlichen Verhältnisse betrachten, um so mehr finden wir, daß eine Kleinarbeit unserer wartet. Es ist ja nicht möglich, alle Einzelheiten, die die Fragebogen und Einzelberichte aufdecken, in den Tätigkeitsbericht hinein zu bringen. Das würde eine vollständige Wortschmüre werden, viel zu weitläufig für einen Tätigkeitsbericht. Späterhin, wenn wir einmal einen Rückblick vornehmen, wenn der Kampf uns an die Vergangenheit mahnt, wenn wir den Kapitalisten ihre heutigen Schandtaten vorhalten, dann wird es an der Zeit sein, einzelnes herauszugreifen.

Die Verwaltungsgestellten im Bezirk aber möchte ich darauf hinweisen, daß sie die Arbeit des Ausfüllens der Fragebogen recht sorgfältig vorzunehmen, im Laufe des Halbjahrs sich das Material sammeln und dann niederlegen. Je mehr die Veröffentlichungen wiederholt werden, um so mehr wird ja der Zweck und Nutzen einsehbar werden.

Aber nun vorwärts! Weiter in der Ausdehnung und Festigung unserer Organisation, damit kein Rückschlag jemals wieder zu verzeichnen ist!

S. Rohrlack.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Olbernhau. „Bist du auch so ein Verbandsbruder?“ So fragte der Feilenhauermeister Claus einen Kollegen, der erst zu Oßern angelernt hat. Zu dieser Zeit stellte er zwei Lehrlinge wieder ein. Auch voriges Jahr hat er ein Lehrling „ausgelernt“. Herr Claus ist es „Muschel“, was diese jungen Leute später machen, ob sie mit Büchlingen handeln gehen oder sonst was. So ein Lehrling hat hier drei Jahre zu lernen und 60 Mk. Lehrgeld zu bezahlen. Fällt das Lehrgeld fort, dann kommt noch ein halbes Jahr in Anrechnung. Diese Arbeitskräfte sind billig, dafür macht der Meister das Kreuzd. Sägeleiten für 1 Mk! — Also, der oben bezeichnete Kollege bekommt seine Zugehörigkeit zum Verband und bekommt gleich dafür seine Kündigung, ebenfalls ist, als der „Muschel“. Aus Furcht vor der Landstube trat der Kollege allerdings wieder aus der Organisation aus und darf nun „vollständig“ wieder bleiben. Herr Claus brüllte sich noch einem anderen Arbeitgeber gegenüber damit, daß er zwei Arbeiter, die im Verband seien, gekündigt habe. Er fand aber keine Gegenliebe; ein vernünftiger Mann hat für solche Kleinlichkeiten nur Wehwehchen. Daß sein Sohn organisiert ist, findet er ganz in der Ordnung, weiß er doch genau aus Briefen desselben, daß er nicht aus Überzeugung von der Notwendigkeit der Organisation im Verband ist, sondern bloß aus praktischen Gründen. Ja, seine Bude ist kein Colorado für Feilenhauer, es wird sich was anderes wieder finden, wenn ich auch im Gegenfall zu „Richard“ darauf verzichte, auf „Verzehrung an die Unternehmer“ Arbeit in Orten anzunehmen, wo die Kollegen Arbeitsnachweise errichtet oder wo kurz vorher Differenzen bestanden haben. Herr Claus ist ein sehr fleißiger Mann, elf Stunden sind ihm zur Betätigung des Fleißes für sich und die Lehrlinge nicht genügend, er nimmt manchmal die späten Abendstunden und einen erheblichen Teil der Sonntags- und Feiertage zu Hilfe, um auch so wohlhabend zu werden, wie es die beiden anderen hiesigen Meister von früher her sind. Es sind ihm auch die Pausen höchst unangenehm, o, der Arger, wenn man seine Pausen pünktlich einhält. Es ist sehr spasshaft, das zu beobachten. Herr Claus meinte schon mehrmals, „wenn er nicht arbeite, dann wisse er vor Langeweile nicht was tun“. Nun, da würde es z. B. sehr gut sein, sich zu unterrichten und zu bilden, denn Sätze wie: „Die Sozialdemokraten wollen Deutschland zu einer Wüste machen wie Ägypten“, lassen tief blicken. Das Amtsblatt bildet eben keine genügende Lektüre. — Noch etwas über die Bude. Sie ist an den Berg angebaut, wenn Regen- oder Schneewetter ist, bringt die Risse durch die Wände und die Dielen des Bodens. Der Hieb wird bei den feineren Feilenschichten und kleinen Vorarbeiten rausgeschwemmt. Dieser Schmirgel- und Stahlstaub, der trotz Ventilationsrohr noch in der Bude herumfliegt und schon an dem eigenartigen Geruch bemerkbar ist, schädigt die Lungen. Die Arbeitenden müssen sowieso schon genügend Staub und Rauch schlucken. Ein Arbeiter, der in der Bude gelernt hatte, erkrankte an Tuberkulose und spuckte manchmal auf den Boden, denn der Spucknapf war nicht immer zu erreichen (man bedachte nur die Feilenschleifmaschine). Die Bude wurde natürlich nicht desinfiziert und ist, wie schon ausgeführt, der „Boden“ für die Verbreitung der Bakterien sehr günstig, zumal die Arbeiter keine guten „Strapazieren“ zur Verfügung haben, die den Körper widerstandsfähiger machen. Kollegen, weidet diese Bude und schreibt keine so „demütigen“ Briefe mehr, die in keiner Kleinereinstellung Billigkeit nur bekunden. Ein fleißiger unorganisierter Arbeiter sowie dessen Mutter sind ihm auch schon ein paar mal ins Haus gelaufen.

Formen.

Altona. Eine gutbesuchte kombinierte Versammlung tagte am 9. Mai im Hotel „Nordsee“ zu Hamburg, um Stellung zu dem Pfingsten stattfindenden Kongress zu nehmen, betreffs Einführung eines Minimallohns auf Grund tariflicher Verträge. Genosse Jöhle erläuterte die heutigen Lohnverhältnisse. Er erwähnte, auf einen Zeitlohn hinzuweisen, da dieser noch ein einigermaßen geregelter Gehalt für des Arbeiters Arbeitskraft wäre. In der Akord- oder Stundearbeit sei nur ein Existenzmittel zu erblicken, das durch Beschneiden von hohem Verdienst den Kapitalisten die Handhabe gebe, immer erneute Abzüge zu machen, um den Arbeiter zu immer intensiverer Arbeit anzuhalten. Ganzlich zu verwerfen sei das sogenannte Solowarbeitsgesetz. Hierin bestünde eine Ausbeutung der Arbeiter gegenüber, da bei diesem System die sogenannten Kolonnenarbeiter ihre Löhne auf Kosten der Arbeiter füllten, indem sie ebenfalls verbliebene Akordüberschüsse zum großen Teil für sich einbehielten und die anderen das Nachsehen haben. Ferner erwähnte Redner noch das System des Gewinnaufschlags und machte klar, daß bei diesem dem gesetzlichen Klagerrecht zulässig sei. Aus diesem allen ergab sich, daß die Arbeiter in diesen Organisationen eine bessere wirtschaftliche Lage auf Grund von Tarifverträgen erreichen müssen. In der Diskussion gaben verschiedene Redner die Verhältnisse der Arbeiter von Hamburg, Altona und Lütjenau zu besprechen. Folgende Resolution wurde angenommen: Die Mitgliederorganisation der Formen- und Gießereiarbeiter von Hamburg, Altona und Lütjenau verpflichtet sich zur Einführung eines infolge Tarifverträge festgelegten Minimallohns eine Verbesserung der Existenzverhältnisse. Ferner stellt die Versammlung auf dem Standpunkt, daß bei Akordarbeit vorzustellendem Ausschuss der garantierte Lohn in jedem Fall

bezahlt werden muß.“ Bei der hierauf vorgenommenen Wahl wurde Kollege Jöhle als Delegierter gewählt. Möge diese Versammlung den Kollegen das Bemühen beigebracht haben, immer vollständig zu erscheinen; möge nicht die in letzter Zeit eingetretene Flaute sich wieder einschleichen.

Blankenburg und Borge i. S. Am 14. Mai fand in Höhegeiß, dem höchstbewohnten Orte im Harz, eine Verhandlung zwischen der Lohnkommission der streitenden Formen der Harzer Werke von Borge und Blankenburg und der Direktion der Harzer Werke unter dem Vorsitz des Herrn Kreisdirektor Breithaupt aus Blankenburg i. S. und im Beisein des Gemeinderats von Borge statt. Der Kreisdirektor hatte zu Anfang der Verhandlungen die Auffassung, daß alle Schuld auf Seite der Arbeiter liege. Die Berichterstattung der unteren Behörden, insbesondere die des Herrn Gemeindeverwalters Schwarz in Borge und der untersten Beamten, hatten diese Ansicht geändert. Im Laufe der Verhandlung sah der Herr Kreisdirektor ein, daß den Arbeitern arg mitgespielt worden war und gab ihnen dann ihr Recht. Die Verhandlung gestaltete sich zu einer gehörigen und stürmischen Auseinandersetzung zwischen den Parteien. Herr Direktor Lischow von den Harzer Werken zeigte sich in ungeschminkter Form, grob und massiv. Der Herr Direktor war so in die Enge getrieben, daß er mit seinem Trabanten Voigtmann die Sitzung verließ, da ihm der Kreisdirektor nicht zu Willen sein wollte. Erst auf eine recht deutliche und dringende Aufforderung des Kreisdirektors traute er sich wieder hinein. Der Direktor Lischow und seine Trabanten gaben der „Parteilichkeit“ und den „Aufreizungen“ des Vertreters des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Schuld an dem Zustand. Die Forderungen der Arbeiter will die Direktion nicht bewilligen. Deswegen mußte der Herr Kreisdirektor in dem Protokoll festsetzen, daß eine Verständigung nicht zu erzielen war. Zu der Kommission der streitenden Arbeiter aber sprach er: „Von heute ab werfe ich keinen Stein mehr auf Sie.“ Die Harzer Werke sind schon längst gerichtet. Die Direktion will „Herr im Hause“ sein. Die Suche nach streikbrechenden Formern und anderen Metallarbeitern wird munter fortgesetzt. Die Direktion ist der Meinung, daß die jetzt in Aussicht stehenden Reichstagswahlen dem Verband (Wer lacht da?) sehr viel Geld kosten und darum den Streitenden die Unterstützung in Zukunft nicht mehr gezahlt werden könne. Dann müßten die Arbeiter zu Kreuze kriechen. Fehlgeschossen, verehrte Direktion. Es wird weiter gestreift. Metallarbeiter, laßt keinen Streikbrecher werden! Geht Acht!

Ettlingen. Ein Colorado für Formner ist die Eisengießerei Arthur Wittmar in Ettlingen. Dort werden Löhne bezahlt, die geradezu schauerhaft sind. Einige Beispiele mögen das beweisen. Ein Formner verdient in 3 Wochen 33 Mk., ein anderer in 14 Tagen 29 Mk., ein dritter brachte es auf 2 Mk. täglich. Dabei ist hier nur von tüchtigen, selbständigen Arbeitern die Rede. Daß es ein Kollege auf 3 Mk. täglich bringt, kann nur einmal vorkommen. Dann wird abgezogen, und wenn es nicht paßt, der wird rausgeschmissen und kann seine Prügel noch obendrein bekommen. Besonders großartig verhält sich der neue Gießereimeister Fr. Stephan auf die Lohnrückerei. Derselbe hat gleich erklärt, daß er genügend Arbeitskräfte aus Düsseldorf, wo er vorher war, kommen lassen würde. Daß unter derzeitigen Verhältnissen die Formner in Ettlingen schlecht angeschrieben sind und kein Logis mehr bekommen können, ist begreiflich, denn sie können es beim besten Willen nicht bezahlen. Bemerkenswert ist, daß Herr Wittmar alle Formner auf der Krankenkasse mit 3,20 Mk. Tageslohn angemeldet hat, welchen Lohn aber keiner bekommt. Wir eruchen daher die zureichenden Kollegen diese Bude zu meiden.

Kiel. Die Firma Wilhelm Poppe, die ihre Arbeiter, weil sie es wagten, am 1. Mai zu feiern, ausgesperrt hat, sucht in dem hiesigen Streikbrecherorgan, den „Kielern Neuesten Nachrichten“ Metallarbeiter, die nicht dem Metallarbeiter-Verband angehören.“ Die Firma sucht sogar „tüchtige“ Arbeiter. Da wird sie lange suchen können, denn jeder tüchtige Metallarbeiter ist bekanntlich organisiert. Die „Kielern Neuesten Nachrichten“ aber, die manchmal im redaktionellen Teil für die gewerkschaftliche Bestrebungen der Arbeiter wohlwollende Worte finden, zeigen so wieder einmal in ihren geschäftlichen Teil durch die Tat, was von jenen Worten zu halten ist. Der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, der auf dieses Blatt abstimmt, arbeitet so direkt seinem Verband, seinen höchsten Interessen entgegen. Diese Erfahrung müssen nach der Reihe alle Arbeiterkategorien mit den „Kielern Neuesten Nachrichten“ machen. Wo eine Arbeiterkategorie im wirtschaftlichen Kampfe steht, stellen sich sofort die Kielern Neuesten Nachrichten als Streikbrecherorgan in den Dienst des Unternehmertums, und treten dies noch so brutal den Arbeitern gegenüber. Werden die Arbeiter, die diese Blätter durch Abonnement unterstützen, nicht endlich klug werden. Wie die Firma Poppe ihre Streikbrecher zusammenrommelte, geht auch aus folgenden Schreiben hervor, das wir im Wortlaut zum Ausdruck bringen:

Kiel, den 7. Mai 1908.

Herrn H. Arndt, Formner, Hühner, Sandberg 67.

Mein Formner Kenner teilt mir soeben mit, daß sie gewillt sind, bei mir zu arbeiten. Sie können, da augenblicklich noch eine Formernstelle frei ist, sofort anfragen. Ich habe noch mehrere Angebote von Formnern von auswärts, habe aber Ihnen den Vorrang gegeben, da Kenner Sie empfohlen. Ich möchte Sie bitten, Kenner mitzuteilen, wann Sie kommen, dann kann er Ihnen von der Bahn abholen, da Sie hier, wie er sagt, keinen Bescheid wissen.
Hochachtungsvoll

Wilhelm Poppe.

NB. Sie können auch an meine Firma schreiben. Welche Lebenswürdigkeit, den Jeschoer Formner von der Bahn abholen zu lassen, weil er am Ende in Kiel die Firma Poppe nicht finden konnte! Als ob es nicht gälte, um jeden Preis zu verhindern, daß er nicht mit anständigen Kollegen zusammentrifft und über die Situation aufgeklärt wird. Aus dem Schreiben geht übrigens hervor, daß die Firma Poppe nicht nur mit dem Metallarbeiter-Verband, sondern auch mit der deutschen Sprache Krieg zu führen scheint.

Prezlaus. Die Zustände der Eisengießerei Hofmann müssen einmal mit einigen Worten geschildert werden. Hauptächlich ist es der früher in einem Kurzwarengeschäft bedienstete gewesene Buchhalter, der die Löhne möglichst zu drücken sucht. 50 bis 60 Prozent ist den Formnern bei verschiedenen Arbeiten schon abgezogen worden. Einen Entbehalt hat der Buchhalter in dem Formnermeister Latje, der früher selbst in der Bude als Formner gearbeitet hat. Dieser anzette sich einmal dahin: Wenn ich zwei Jahre früher Meister geworden wäre, hätte Herr Hofmann einige Tausend Mark mehr. Sagt man zu ihm etwas wegen des Lohnabzugs, so verweist er auf Herrn Hofmann, ihn ginge es nichts an. Ober: „Wenn Sie das nicht wollen, holen Sie ihre Papiere.“ Dieser Latje hat es verstanden, in 14 Tagen 6 Formner hinaus zu graulen. Mögen daher die Kollegen die Hofmannsche Bude meiden.

Stuttgart. Die Zustände in der Eisengießerei von Hugo Peltargas bedürfen einer Kritik. Schlechte Bezahlung, profligat Behandlung sind an der Tagesordnung. Der Lohn der Formner ist 3 Mk. bis 4 Mk. 40 Pf. mit Ausnahme eines einzigen Kollegen, der 5 Mk. pro Tag verdient. Die Gussgräber erhalten 2 Mk. 60 Pf. bis 3 Mk. 50 Pf. die Hilfsarbeiter 2 Mk. 50 Pf. bis 2 Mk. 70 Pf. Hat ein Formner morgens gegen 9 1/2 Uhr nicht schon einige Kisten vor sich liegen, sagt man ihm vom Herrn Prinzipal zu verliert. er geben, daß es floter gehen müsse. Galtlos behält sich ein derartig erkrankter Kollege, so ist der Prinzipal sofort mit dem Lärmen bei der Hand. Seine Wortschlagger werden im Lohnverweigerung werden den Kollegen und Hilfsarbeitern alle möglichen Unannehmlichkeiten gemacht. In hiesiger Hinsicht bleibt in dieser Werkstatt auch sehr viel zu wünschen übrig, es fehlt an Kleiderkränken. Eine Ventilation ist nicht vorhanden, auch keine Rauchvorrichtung. Die Schmelzer müssen sich mit Wasser helfen und daselbe statt der Lebergeschwären um die Linsen binden. Von den dort beschäftigten Arbeitern sind 9 Formner, 1 Hülfsarbeiter und 5 Hilfsarbeiter organisiert, die anderen 7 Arbeiter sind nicht organisiert, nämlich 1 Schlosser und 6 Hilfsarbeiter. Die organisierten Kollegen gehören zur Hälfte auswärtigen

Zahlstellen unseres Verbandes an. Obwohl nun die Organisation in dieser Werkstatt ein gute wäre, sind die Arbeiter nicht im Stande auch nur in einem Punkte vorzugehen, weil die Kollegen unter sich selbst nicht einig sind. Von einer Unterstützung des aufgestellten Vertrauensmannes ist keine Rede, anstatt daß man ihm sein Amt erleichtert, wird ihm alles allein überlassen. Es sind bei Peltargas leider auch Kollegen, die sich bei jeder Beitragsmarke, die sie zu entrichten haben, winden und drehen. Derjenige Kollege, der etwas glaubt, hat seine Beiträge bezahlen zu brauchen und dann sich auf die faule Haut legen zu dürfen, der ist gewaltig im Irrtum. Es ist deshalb den sämtlichen dort beschäftigten Kollegen aufs allerentschiedenste zu raten, sich untereinander besser wie seither zu einigen und die Versammlungen regelmäßig zu besuchen. Erst dann wenn sie einig sind, ist eine Änderung dieser Zustände möglich. Hierzu gehört vor allem gegenseitiges Vertrauen und nicht, wie ein bekanntes Sprichwort sagt: „Schilt nicht den andern Neben, wenn du selbst schwarz bist.“ Einig wollen wir sein, denn Einigkeit macht stark!

Klempner.

Bremen, 17. Mai. Unter Bezugnahme auf unseren letzten Bericht in Nr. 19 teilen wir den Kollegen mit, daß sich seit Montag den 11. Mai die Klempner hier an Orte im Ausstand befinden. Wie die Kollegen aus der letzten kurzen Notiz ersehen hatten, kommt es nicht zu anders kommen. Wir sind den Kollegen indessen noch die Entstehungsgeschichte über diese Sache schuldig geblieben. Das soll jetzt nachgeholt werden.

Nachdem der Gesellenausschuß am 1. April unsere Forderungen eingereicht hatte, lehnte die Jünung jede Unterhandlung ab, wir riefen das Einigungsamt des Gewerbegerichtes an; die Meister lehnten auch hier das Erscheinen ab in der Erwartung, wir würden jetzt in einen Streit eintreten. Als es uns natürlich gar nicht einfiel zu streiken, wenn die Meister es haben wollten, versuchten sie durch die Aussperrung des Kollegen Simon auf Befehl der Jünung die Sache zum Austrag zu bringen. Wir wurden durch eine Kommission bei Mirus vorstellig, erreichten indessen nichts; dafür langte nach einigen Tagen ein Brief beim Vorsitzenden des Gesellenausschusses an des Inhaltes: entweder sind die Sperven bis Sonnabend aufgehoben oder alle organisierten Kollegen fliegen hinaus. Wir lehrten den Spieß um und gingen am Montag morgen einfach nicht wieder zur Arbeit. Gleichzeitig forderten wir die Meister auf, sich zu der Forderung vom 1. April näher zu äußern. Das hatten die Meister selbstverständlich nicht erwartet; sie waren ganz aus dem Häuschen; sie glaubten einen nach dem anderen so recht in Ruhe und Gemütlichkeit brotlos machen zu können. Sie versuchten, sich mit den hiesigen Baugewerksmeistern zu koalieren und eine allgemeine Aussperrung in Szene zu setzen; der erste schlägliche Versuch hatte sie noch nicht klug gemacht. Die Baugewerksmeister trübten in einem hiesigen bürgerlichen Blatt eine Art Sympathieerklärung für unsere armen Meister, in der das Wort „Aussperrung“ nur eine verschwindend kleine Rolle spielte, im übrigen verhielten sie sich ablehnend. Kollegen, so steht die Sache hier an Orte. Wir sind jetzt auf dem Standpunkt angelangt, daß wir den Kollegen, die jetzt noch zu uns kommen, nachdem die erste Woche des Streites vorüber ist, sagen: „Gehe du nur wieder zu deinem Meister, wir brauchen dich nicht, du hast uns vorher nicht finden können, du brauchst uns jetzt nicht anzukucken!“ Alle älteren Kollegen, die lange Zeit in einer Bude beschäftigt waren, haben sich uns angeschlossen; niemals ist ein Streit unter günstigeren Auspizien in Szene gesetzt worden wie der unsere; wir sind der festen Überzeugung, daß wir in ganz kurzer Zeit zu einem befriedigenden Resultat kommen.

Nachstehend veröffentlichen wir unsere Forderungen:

1. Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden. a) Am den Montag der drei Feste ist eine Stunde früher Schluß der Arbeitszeit. b) Ist der Gehilfe gezwungen, länger zu arbeiten, so ist diese Zeit als Überstunden zu betrachten.
2. a) Der Mindestlohn beträgt für Gehilfen unter 20 Jahren 50 Pfg. pro Stunde; b) für Gehilfen über 20 Jahre 65 Pfg. pro Stunde. c) Erhöhung der bisher gezahlten Löhne um 20 Prozent.
3. Überstunden werden bis 9 Uhr mit 25 Pfg. Aufschlag pro Stunde, nach 9 Uhr, ebenso Sonntagsarbeit, mit 40 Pfg. Aufschlag pro Stunde bezahlt.
4. a) Für Reinigung eines Klosets, Pifforts und Goffensteinablaufs sind 75 Pfg. extra zu vergüten. b) Für Stubenschliffe ist, sofern die Stuben nicht sauber geschrubbt und geweißt ist, 5 Mk. pro jeden Anschlag extra zu vergüten.
5. Für Arbeiten über Land, welche 5 Kilometer vom Marktplatz entfernt sind, 1,50 Mk. pro Tag. Ist man gezwungen, Logis zu nehmen, 2,50 Mk. pro Tag.
6. Der Lohn muß vor Schluß der Arbeitszeit auf der Arbeitsstelle ausbezahlt sein.
7. Freigabe des 1. Mai als Feiertag.
8. Umkehrung der Organisation sowie des Arbeitsnachweises.
9. Der Tarif ist in jeder Werkstatt sichtbar aufzuhängen.

Begründung. 1. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre, insbesondere durch die in den Forderungen vom 12. August 1899 angeführten Gründe, die sich vornehmlich für die Erweiterung der Arbeitsgelegenheit als zweckmäßig erwiesen haben, sowie auch durch die Tatsache, daß bei kürzerer Arbeitszeit für den einzelnen Kollegen eine bedeutende Mehrleistung und dadurch dem Unternehmer ein annehmbarer Nutzen entsteht, erachten es die Gehilfen für notwendig, diese Forderung als einziges Mittel für ihre soziale Besserstellung zu erheben. a) Da schon eine große Anzahl Meister diesen Modus eingeführt haben und somit eine gleichmäßige Behandlung von Nutzen ist, so erübrigt sich jede weitere Begründung.

2. a b) Die bisher gezahlten Löhne entsprechen, namentlich im Vergleich zu den Löhnen anderer Branchen, durchaus nicht den heutigen Verhältnissen. Durch die Annahme des Solltarifs werden die notwendigen Lebensmittel in ganz erheblichem Maße verteuert, und da erfahrungsgemäß hier eine Wechselwirkung stattfindet, so werden auch die anderen notwendigen Ausgaben in gleichem Maße steigen. Durch unsere in der letzten Zeit aufgenommene Statistik hat sich ergeben, daß durchschnittlich für jüngere Kollegen ein Stundenlohn von 55 Pfg. bezahlt wird; für ältere Kollegen beträgt derselbe 45 Pfg. Um nun eine Einheit in den Löhnen herbeizuführen und um die Schmutzkonturrenz zu beseitigen, haben wir diese Forderung aufgestellt. c) Begründet sich durch die obigen Darlegungen von selbst.

3. Um eine möglichst einheitliche Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit einhalten zu können und um den bisherigen Unbilligkeiten vorzubeugen, Überstunden nach Belieben zu machen, sehen wir uns veranlaßt, für dieselben den obenstehenden Lohnaufschlag erfolgen zu lassen.

4 und 4a. Die Begründung zu diesen Punkten liegt in der Arbeit selbst.

5. Diese Forderung wird dadurch begründet, daß den Gehilfen durch Überlandarbeiten bedeutende Mehrkosten verursacht werden. Beschädigte Meister haben übrigens durch Vereinbarung bereits dieser Forderung entsprochen, so daß diese Sache nicht auf Schwierigkeiten stoßen dürfte.

6. Eine eingehende Begründung dieses Punktes erübrigt sich wohl umsonst, als es uns selbstverständlich erscheint, daß der verdiente Lohn auch zur rechten Zeit ausbezahlt sein soll.

7, 8. und 9. Bedürfen als selbstverständlich unseres Stadtens keiner Begründung.

Frankfurt a. M. Zur Besserung der traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Spengler- und Installateurgewerbe — besetzen hier doch Löhne von 22, 25 bis 30 Pf. pro Stunde für Ausgelernte — überstanden wir im Januar der Zwangsinnung für Spengler und Installateure nachstehenden Tarif, um Mindestlöhne und geregelte Arbeitszeit in gütlicher Vereinbarung mit der Jünung durchzuführen: 1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit ist eine 9 1/2 stündige, und zwar von 1. April bis 1. Oktober von morgens 6 1/2 Uhr bis abends 6 Uhr, vom 1. Oktober bis 1. April von morgens 7 Uhr bis abends 6 1/2 Uhr, mit 1 1/2 stündiger Frühstück- und 1 1/2 stündiger Mittagspause. Wo die regelmäßige Arbeitszeit weniger als 9 1/2 Stunden beträgt, soll dieselbe beibehalten werden. An den Vorabenden vor Pfingsten, Oßern und Weihnachten ist um 4 Uhr Feierabend; dies

Tage werden voll bezahlt. 2. Lohnzahlung. Die Lohnzahlung ist eine wöchentliche. Dieselbe findet Freitag statt und soll vor Feierabend beendet sein. Jede Verzögerung der Auszahlung wird als Überstunde bezahlt. 3. Lohnsätze. Der Mindestlohn beträgt für Ausgelernte bis ein Jahr nach beendeter Lehrzeit 35 Pf. pro Arbeitsstunde, nach dem ersten Jahre bis zum 21. Lebensjahre 40 Pf. pro Arbeitsstunde; vom 21. Lebensjahre ab beträgt der Mindestlohn 50 Pf. pro Arbeitsstunde. Wo vorgenannte Löhne schon bezahlt werden, wird ein Lohnzuschlag von 10 Prozent gewährt. 4. Überstunden. Überstunden sollen nur im Notfall gemacht werden und sollen dieselben bis abends 10 Uhr mit 25 Prozent, von 10 Uhr ab und Sonn- und Feiertagsarbeit mit 50 Prozent vergütet werden. 5. Auswärtige Arbeit. Für Arbeiten außerhalb werden 5 bis 25 km von der Werkstätte entfernt, 25 Prozent und Fahrgehalt, über 25 km 50 Prozent Lohnzuschlag vergütet. Außerdem wird entweder jeden Samstag die Rückfahrt und am Montag die Hin- und Rückfahrt 50 Prozent des Lohnes als Sonntagsentschädigung gewährt. Weg- und Fahrlohn von und nach der Arbeitsstätte werden als Arbeitszeit berechnet. 6. Akkordarbeit. Die Akkordarbeit ist im Interesse des Gewerbes möglichst zu vermeiden; wird jedoch im Akkord gearbeitet, muß der Stundenlohn garantiert werden. 7. Klostereinigungen. Für Klostereinigungen werden 50 Pf. extra vergütet. 8. Tarifvertrag. Der Tarif tritt sofort in Kraft und ist gültig bis zum 1. April 1904. Derselbe kam vor dem 1. Januar 1904 sowohl von Seiten der Arbeitgeber, als auch von den Vertretern der Gesellen gekündigt werden. Erfolgt bis 1. Januar 1904 keine Kündigung, so kann derselbe nur vor dem 1. Januar eines jeden Jahres auf den 1. April gekündigt werden. — Der Innungspräsident verstand es, die Angelegenheit so zu behandeln, daß die Mehrheit der Meister den Tarif ablehnte. Nachdem auf gutem Wege nichts zu erreichen war, beauftragte im März eine stark besuchte Spenglerversammlung die Verwaltung, zur gegebenen Zeit die Maßnahmen zu treffen und den Tarif zur Durchführung zu bringen. Die günstige Konjunktur benützend, überhandten wir am 18. Mai an sämtliche Meister und die Firma Knodt den Tarif und verlangten Antwort bis 22. Mai, ob sie denselben bewilligen wollten. Eine Anzahl Meister bewilligte ihn hierauf. Die Firma Knodt, die hauptsächlich in Betracht kommt, wollte mit dem Verbands nicht unterhandeln; Herr Knodt erklärte dem Arbeiterausschuß, daß seine Arbeiter aufhören könnten, ohne zu kündigen, auch wolle er vom Arbeiterausschuß nichts mehr wissen. Einmütig beschloß darauf die Arbeiter, die zu 90 Prozent organisiert sind, sofort in den Streik zu treten. Die am 24. Mai abgehaltene Versammlung beschloß dann ebenfalls, in den Werkstätten, wo nicht bewilligt ist, sofort den Streik. Die Situation ist sehr günstig und ist anzunehmen, daß die Innung nicht lange zögert, einen Tarif mit dem Verbands abzuschließen. Wir bitten die Kollegen, den Zuzug von Spenglern und Installateuren nach Frankfurt a. M. streng fernhalten zu wollen.

Mechaniker.

Kassel. Eigentümliche Zustände herrschen zur Zeit in der feinmechanischen Werkstätte von Otto Jennels Söhne. Über den Wert eines schriftlichen Akkordvertrages hat man bei dieser Firma eigenartige Ansichten. Einem jüngeren Gehilfen, der bei einem Akkord circa 40 Pf. pro Stunde verdiente, sollten an dem gesamten Überschuss von 30 Mk. nach fertiggestellter Arbeit 14 Mk. abgezogen werden. Man streich auf dem betreffenden Akkordschein den Akkordpreis von 60 Mk. 20 Pf. aus und verfährt denselben mit folgendem Vermerk: „Arbeitszeit 301 Stunden. Für jede Stunde weniger 10 Pf. mehr, für jede Stunde mehr 5 Pf. weniger als der zu beanspruchende Arbeitslohn beträgt.“ Auf diese Weise kam für den die Arbeit ausführenden Gehilfen ein Minus von 14 Mk. heraus. Als er sich dieses nicht gefallen lassen wollte, wurde ihm erklärt: „Wenn Sie das nicht wollen, bekommen Sie Ihr Geld und wir kündigen Ihnen hiermit.“ Nach einem Tage widerrief man freilich die Kündigung, der Betreffende zog es aber doch vor, den Betrieb zu verlassen. Einem anderen Gehilfen wurde an demselben Tage gekündigt, weil er „gehört“ haben sollte und sozialdemokratische Anschauungen hatte, wie ihm der Herr Chef erklärte (derselbe wollte sich nämlich nicht von der Vorzüglichkeit des Prämiensystemes überzeugen lassen). Außerdem beschäftigt man in diesem Musterbetrieb bei 80 Gehilfen 22 Lehrlinge. Allen dort beschäftigten Kollegen, soweit sie dem Verband noch nicht angehören, sollten diese Fälle zeigen, daß es für sie die höchste Zeit ist, sich ihrer Organisation anzuschließen.

Metallarbeiter.

Berlin. In der am 18. Mai stattgefundenen außerordentlichen beschließenden Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Berlin wurde nach einem mit Beifall aufgenommenen Referat des Kollegen Cohen einstimmig ohne jede Diskussion beschlossen, zur Unterstützung der ausgesperrten Arbeiter in Heselrohn pro Mai, und wenn die Aussperrung dann nicht beendet sei, auch für Juni je zwei Extrabeiträge in der Höhe des Verbandsbeitrags zu flehen. Arbeitslose Kollegen sollen von dieser Steuer befreit sein, ebenso kranke Mitglieder, sofern sie nur auf schwarze Marken Anspruch machen. Arbeiterinnen, die der Organisation angehören, haben demnach also zwei Marken à 15 Pf. für die 19. und 21. Woche im Mai und eventuell für die 23. und 25. Woche im Juni zu flehen. In der Stichwahl wurde der Rohrleger Oskar Ficius als 11. Bureau-beamter gewählt.

Karlruhe. Wir sehen uns genötigt wieder einmal auf die Zustände der Werkzeugmaschinenfabrik von Geschwind & Co. aufmerksam zu machen. In keiner anderen hiesigen Fabrik herrschen so traurige Zustände wie gerade in dieser Fabrik. Hier arbeitet alles im Akkord. Während den Schloßern ihr angelegter Tagelohn garantiert ist, ist das bei den Dreheren nicht der Fall. Den höchsten Lohn, den die Dreher im Akkord erreichen, ist 35 Pf. pro Stunde. Aber auch Löhne von 18, 20 und 25 Pf. pro Stunde im Akkord sind nichts seltenes. Erst kürzlich hat ein Dreher aufgehört, weil er den ganzen Tag nur 28 Pf. verdient hat. Die Lehrlingszuchterei wird in großem Maßstab betrieben. In dieser Fabrik arbeiten meistens Arbeiter, die auf dem Lande wohnen und für die Vertreibungen der Organisation nicht zu haben sind. Vor einiger Zeit hatte es den Anschein, als ob eine Besserung eintreten sollte. Eine von uns einberufene Werkstättenversammlung hatte den Erfolg, daß sich einige Kollegen aufnehmen ließen. Von den Meistern und der Direktion wurden die Arbeiter aufgefordert, in die Versammlung zu gehen. Von letzterer wurde sogar erklärt, daß wenn wirklich Wünsche vorhanden seien, sie dieselben abschaffen wollen. In der Versammlung wurden von zwei Kollegen die Verhältnisse geschildert und hervorgehoben, daß manchem Unbehagen abzuhefen sei, wenn ein Arbeiterausschuß vorhanden sei, der die Direktion auf die unhaltbaren Zustände aufmerksam machen könne. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, bei der Direktion beifalls Einbringung eines Arbeiterausschusses vorzulegen zu werden. Auf ein diesbezügliches Schreiben wurde uns mitgeteilt, daß es die Direktion ganz entschieden ablehne, mit fremden Personen über die Wünsche ihrer Arbeiter zu unterhandeln. Die beiden Kollegen, die den Mut hatten, in der Versammlung auf die Zustände in dieser Fabrik aufmerksam zu machen, wurden demnach schikaniert, daß sie es vorzogen, zu gehen. Da nur diese Firma hier ansehnliche Arbeiter nicht bekommen kann, so machen wir die zureichenden Kollegen, um sie vor Schaden zu bewahren, auf vorstehendes aufmerksam.

Karlsruhe. Als eine Meisterbude ersten Ranges gilt das Metallhammerwerk der Firma J. L. & P. Weidner in Geroldsauhl. Vor ungefähr einem Jahre wurde vom Zentner fertigen Metalls ein Mark abgezogen, ohne daß die Arbeiter in Kenntnis gesetzt wurden. Es wurden immer für 1 bis 1 1/2 Zentner Metall weniger ausbezahlt, als wirklich fertig war, damit die Arbeiter nichts merkten, daß abgezogen worden ist. Am Samstag vor Weihnachten wurden 27 Mk. für verdorbenes Metall abgezogen, ohne daß die Arbeiter eine Schuld trafen, da es der Herr Werkmeister Heidenberger selbst verdorben hatte. Einige Wochen später wurden uns abermals 22 Mk. abgezogen. So geht es jahrein und jahraus fort und trotz-

dem tut die Verwaltungsstelle Geroldsauhl keinen Schritt dagegen. Was die Behandlung anbelangt, so läßt sie auch gar vieles zu wünschen übrig. Ich war nämlich eine Reihe von Jahren in dieser Fabrik beschäftigt und kann sagen, daß ich noch nie eine schlechtere Bude in Bezug auf Lohn und Behandlung angetroffen habe. Fragt man aber, wer trägt die Schuld, so muß ich sagen, die Arbeiterschaft selbst. Darum rufe ich den Arbeitern zu: Sinein in die Organisation Mann für Mann, dann werden bald bessere Zustände in der Fabrik herrschen. Zum Schluß rufe ich der Verwaltungsstelle Geroldsauhl zu, sie möchte doch endlich von ihrem Winterschlaf einmal erwachen.

Köln a. Rh. In letzter Stunde. Noch wenige Tage trennen uns von der Generalversammlung, noch wenige Tage und der Kampf, der eine geraume Zeit hindurch in den Versammlungen sowie im Verbandsorgan geführt wurde, wird zur Entscheidung gebracht werden. Unsere diesjährige Generalversammlung scheint ein getreues Spiegelbild der Braunschweiger zu werden. Gerade wie damals das Schicksal der Arbeitslosenunterstützung von vornherein besiegelt war, so auch heute das der Krankenunterstützung. Damals erscholl der Ruf: „Nieder mit der Arbeitslosenunterstützung, hinab in den Ortus mit der Vorstandsvorlage.“ Und heute? Ausbau der Arbeitslosenunterstützung ist die Parole! Man hat diese Unterstützung, besonders während der Krise, schätzen gelernt und niemand wird es wagen, selbige wieder abzuschaffen zu wollen. Ganz genau dieselbe Entwicklung wird auch die Krankenunterstützung erleben. Weichen wir für heute bei der ausgegebenen Parole. Daß der Beitrag erhöht wird, unterliegt wohl keinem Zweifel. Wenn dieses geschieht, dann können wir auch an einen Ausbau des Bestehenden denken. Wir können die Arbeitslosenunterstützung ausbauen, indem wir die Karenzzeit ganz oder teilweise abschaffen, indem wir die Unterstützungsätze erhöhen und die Bezugszeit verlängern. Wir können dieselbe aber auch ausbauen, indem wir sie auf alle Arten der Arbeitslosigkeit ausdehnen. Ist man nur arbeitslos oder erwerbslos, wenn man keine Arbeit hat, oder nicht auch, wenn man nicht arbeiten kann? Was nützt letzterem die Aussicht, wenn er wieder gesund ist, in sein altes Arbeitsverhältnis eintreten zu können, wenn er gerade so gut Not leiden muß wie derjenige, der diese Aussicht nicht hat? Auf den Zusammenhang zwischen beiden Arten von Erwerbslosigkeit habe ich bereits in Nr. 1 hingewiesen. Ich möchte der heutigen Generalversammlung den Vorschlag unterbreiten, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß die Beiträge um 10 Pf. erhöht werden: 1. Die Karenzzeit auf drei Tage zu normieren; 2. die Unterstützungsdauer auf 10 Wochen festzusetzen; den Unterstützungsatz bei sechsmonatiger Mitgliedschaft auf 11, bei siebenjähriger Mitgliedschaft auf 12 Mk. zu erhöhen und 4. diese Unterstützung auch demjenigen zukommen zu lassen, welcher durch Krankheit verhindert ist, arbeiten zu können. Durch Annahme eines ähnlichen Vorschlags würde schließlich jedem Rechnung getragen und die Distinktion bedeutend abgetilgt werden. Wenn man sagt, dieses wäre eine Krankenunterstützung auf Umwegen, so mag man recht haben, aber diese haben wir auch heute schon in § 2c. Auf alle Fälle würde eine ganze Anzahl von Einwänden, die gegen die Unterstützung ins Feld geführt wurden, bei diesem Vorschlag in Wegfall kommen.

J. Gieseler.

Löhning. Am 9. Mai fand hier eine gut besuchte Versammlung der Einzelmitglieder der Zahlstelle Löhning statt, in welcher der Bevollmächtigte in eingehender Weise über die Heselrohn Aussperrung und die Aufforderung des Hauptvorstandes, während der Dauer der Aussperrung pro Woche 30 Pf. Extrabeitrag zu erheben, sprach. In der Diskussion war man einverstanden, den ausgesperrten eine Unterstützung zukommen zu lassen, jedoch sind die hiesigen Mitglieder nicht in der Lage, einen derartigen Antrag zustimmen zu können, indem ihre eigenen Verhältnisse so schlechte sind, daß sie von Löhnen, die hier im allgemeinen 12 bis 15 Mk. betragen, kaum die regelmäßigen Verbandsbeiträge entrichten, viel weniger noch weitere 30 Pf. pro Woche opfern können. Die Versammlung beschloß, um wenigstens auch ein kleines Opfer zu bringen, daß jedes Mitglied pro Monat 30 Pf. zu entrichten hat. Desgleichen wurden diejenigen Kollegen, die in der Lage sind, größere Opfer zu bringen, ersucht, sich recht zahlreich und reger bei der Zeichnung auf Sammellisten zu beteiligen. Alsdann wurden unsere Fabrikverhältnisse besprochen, wobei man die Absicht aussprach, daß man auch von unserer Seite einmal mit Forderungen an die Fabrikanten herantreten möchte. Es ist jedoch noch ein sehr großer Teil in den Fabriken beschäftigt, die noch außerhalb des Verbandsbereichs stehen. Es ist daher Pflicht eines jeden Kollegen, die Fernstehenden aufzuräumen, erst dann sind wir in der Lage, unsere Lohnverhältnisse zu verbessern. Dann wurde beschlossen, durch den Kollegen M. Kroll einen Projektionsvortrag mit farbigen Bildern abhalten zu lassen. Der Überschuß ist für die ausgesperrten bestimmt, ebenso findet eine Abendunterhaltung statt, deren Überschuss auch dazu verwendet wird. Weiter wurde bekannt gegeben, daß in nächster Zeit eine Konferenz der Zahlstellen im Erggebirge abgehalten werden wird, auf der die Bevollmächtigten Bericht erstatten sollen über die Anzahl der an ihrem Orte befindlichen Fabriken, die Zahl der Arbeiter und wie viel in den einzelnen Betrieben organisiert sind, um so Material zu sammeln zur Agitation für den Verband. Es wurden 5 Kollegen gewählt, die Konferenz zu besuchen.

Magdeburg. Eine öffentliche Gewerkevereinsversammlung der Maschinenbau- und Metallarbeiter (H.-D.) tagte am 18. Mai in Köhlers Konzerthaus. Referent war Herr Hartmann aus Berlin, der über Arbeiter- und Unternehmerorganisationen sprach. In der Diskussion kritisierte Genosse Otto Wop das eigenartige Gebahren des Herrn Köhler, der auch Mitglied des Gewerkevereins ist. Bei einer Nachfrage des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, das erwähnte Votum zur Abhaltung einer Fabrikversammlung der Arbeiter bei Schaffer & Wudenberg zu erhalten, machte Herr Köhler die Zusage von den Ratschlägen eines Buchauer Polizeikommissars abhängig. Die Koalitionsfreiheit und die Wahrnehmung derselben sei von dem Gewerkeverein nicht befolgt. Alle Arbeiter müssen ihr Versammlungsrecht ausnützen können. Herr Fellgiebel „leidet nicht an Rotkoller“, weist die Angriffe Wop vom echt freisinnigen Standpunkt aus zurück und glaubt, daß es immer noch möglich sei, auf gutlichem Wege mit den Unternehmern zu verhandeln. Genosse Schöner stellt fest, daß Herr Fellgiebel nicht einmal die Ausführungen des freisinnigen Referenten verstanden habe und weist auf die brutalen Aussperrungen in Heselrohn, Pirmasens und den unteren Weserorten hin. Von einer gütlichen Vereinbarung könne doch wirklich nicht die Rede sein. Wop ermunterte dann noch die Versammelten, am 16. Juni, dem Tage der Reichstagswahl, dem Tischler W. Pfannkuch die Stimme zu geben. Dann erhielt der Referent das Schlusswort. Herr Hartmann scheint der Meinung zu sein, daß die Arbeiterinteressen von dem Maschinenfabrikanten Krenbt besser vertreten werden können als dem schlichten Manne aus der Werkstätte, dem bisherigen Abgeordneten Pfannkuch. Der Referent will jedes Mitglied wählen lassen, wie er will, damit man tatsächlich von einem geheimen Wahlrecht reden könne. Er (Hartmann) gebe einem Sozialdemokraten seine Stimme abfolot nicht. Hieraus erzieht man, daß es diesen freisinnigen Mannen mit der Sicherstellung des Koalitionsrechtes gar nicht ernst ist. Alle ichönen Reden sind weiter nichts als hohle Phrasen.

Neu-Ulm. „Gerechter Lohn bei kurzer Arbeitszeit“ war das Thema, über das Kollege Fritsche-Karlruhe kürzlich hier referierte. Redner führte aus, daß namentlich in kleineren Städten die Löhne sehr schlecht seien und es nicht selten vorkomme, daß die Arbeiter unter dem ortsüblichen Tagelohn verdienen. Die Lebensmittel und die Mietpreise sind hier noch teurer wie in einer Großstadt. Redner weist auf die Erfolge der Berliner Baukämpfer hin, die sie bloß ihrer irrammen Organisation zu verdanken haben. Es sei kaum zu glauben, daß die Herren es hier wagen, den Arbeitern aus drei-jähriger Lehrzeit 18 bis 30 Pfg., ja sogar 15 Pfg. pro Stunde zu bieten. Redner empfahl den Ausbau der Organisation. In der darauffolgenden Diskussion wurden die Mißstände der hiesigen Gewerkschaft einer kurzen aber scharfen Kritik unterzogen. Die Badeanstalt einer hiesigen Fabrik soll bloß deswegen gemieden werden,

weil die Arbeiter der Ansicht sind, daß sie tagsüber genug schmutzig werden. In einer andern Fabrik muß der Arbeiter, wenn er einen Bohrer abbricht, ihn bezahlen, der Bohrer wird dann wieder geschliffen und der nächste, der ihn abbricht, muß ihn wieder bezahlen, so geht es fort, bis der Bohrer wirklich unbrauchbar ist. Auch werden Lehrlinge in diesem Geschäft bis zu 1 Mk. gestraft. Die Arbeiter dieses Geschäftes, die die Werkstattdarstellung besuchten, wurden gemahngelt. Glaubt nun der Herr Fabrikant und sein schneidiger Buchhalter, jetzt seien sie unter sich? Die Zukunft wirds ja lehren. Dem Herren Denunzianten gehört ein Orden, wir werden ihm denselben besorgen. In seinem Schlusswort fordert der Referent die Kollegen auf, für den Verband zu agitieren, denn daß der Verband im richtigen Fahrwasser liegt, zeige dessen starke Mitgliederzunahme. Der Vorsitzende erludte am Schluß die Kollegen, die 20 Pfg. Extramarken zu lösen.

Löhning. Die Firma Schäfermeyer & Hens (Heselrohn) scheint in großer Verlegenheit mit Werbung von Streikbrechern zu sein. Im Februar d. J. wandte sich ein organisierter Kollege schriftlich an die Firma um Arbeit, erhielt aber keine Antwort, so daß er gar nicht mehr daran dachte, bei dieser Firma eingestellt zu werden. Als der Streik ausgebrochen war, schien die Firma sich der damals eingelaufenen Offerte zu entziehen und sandte auch an den Kollegen eine Postkarte mit Rückantwort. Dieselbe wanderte sofort nach Ankunft in unserer Bude von Hand zu Hand; der Text derselben lautet: „Herrn P. B. Falls Sie keinem Verband angehören, sind wir bereit, Sie als Dreher einzustellen, da die Betriebe mit nichtorganisierten Arbeitern wieder eröffnet worden sind. Die Stellung ist dauernd und lohnend, eventuell wollen Sie uns Ihre Ankunft und Gekennungszeichen wissen lassen, damit wir Sie am Bahnhof abholen. Heselrohn, 11.5.03. Schäfermeyer & Hens.“ Wenn auch die hiesige Arbeit nicht so lohnend ist, wie sie Schäfermeyer & Hens versprechen, so bleibt der Kollege democh ruhig hier, weil er nicht die geringste Lust hat, Streikbrecher zu spielen. — Anschließend an dieses wollen wir auch den Kollegen die Verhältnisse der hiesigen Werk in Erinnerung bringen. Der Wechsel unter den Kesselschmiedern, Mietern und Schiffbauern ist groß, auch ist die Liebedienerlei recht in der Blüte. Löhne von 28, 30, 32 Pf. sind keine Seltenheit; die Arbeitszeit wird durch Überstunden auf 12, 15, 18, auch 20 Stunden ausgedehnt. Kürzlich wurde ein Mitglied vom Arbeiterausschuß entlassen, weil er sich geweigert hat, Überstunden zu machen. Auch in der Maschinenfabrik bleibt vieles zu wünschen übrig. Den Preis für Akkordarbeiten erfährt man manchmal erst, wenn die Arbeit längst fertig ist und muß man dann natürlich zufrieden sein mit dem, was man bekommt. Ebenso erhält man erst dann den Akkordzettel. Früher, als in jeder Schicht nur ein Meister tätig war, wurden diese Angelegenheiten zeitiger geregelt. Auch in der Schlosserei ist die Stundenjägerei recht eingeriffen (es besteht hier Tag- und Nachtschicht). Hat ein Schlosser einen Akkord übernommen, so arbeitet er drauf los und macht Überstunden bis 8, 10 und 12 Uhr, damit er schnell fertig wird und ein anderer Kollege nicht mitzuhelfen braucht. Hier wäre es angebracht, wenn die Arbeit besser verteilt würde, damit jeder etwas verdienen kann. Damit sind nicht alle gemeint, nur diejenigen, die es angeht, mögen sich das merken. Wenn die Betreffenden sich eine Mainmarke kaufen oder für die Heselrohn einen Extrabeitrag zahlen sollen, sind die Klagen groß. Diese Sorte nennt sich auch Kollegen. Ein jeder Arbeiter, der denken gelernt hat, mußte diesen Beitrag freiwillig zahlen, denn der Kampf der Heselrohn ist auch der unsrige.

Rundschau.

Reichstagswahl und Gewerkschaft.

Das Korrespondenzblatt nimmt in einem längeren Artikel Stellung zur Reichstagswahl. Nach einer Kritik der Tätigkeit der verschiedenen Parteien schließt der Artikel:

„So zeigt die Sozialpolitik auf allen Gebieten, daß die Gewerkschaften nur in der Sozialdemokratie eine zuverlässige Vertretung der Arbeiterforderungen im allgemeinen, wie der gewerkschaftlichen Interessen im besonderen besitzen. Das ist kein Zufall, da die sozialdemokratische Partei durch gemeinschaftlich organisierte Arbeiter in hohem Maße direkt beeinflusst wird. Die bürgerlichen Parteien suchen wohl Anhang in Arbeiterkreisen zu gewinnen, aber sie gestalten den Arbeitermassen keinerlei Einfluß auf ihre Entscheidung. Die Sozialdemokratie muß ihnen schon nahe auf den Leib gerückt sein, ehe der schlechte Mann aus der Werkstätte bei ihnen Anerkennung findet und nur wenige Auserwählte werden als Nennmitglieder auf die politische Tribüne gehoben. Das Zentrum scheute sich nicht, auf dem vorjährigen Katholikentag zu Mannheim selbst seinen getreuen Gewerkschaftsführer Giesberts schmählich zu desavouieren, als dieser eine ernsthafte Bekämpfung der Arbeitslosennot verlangte. Die Sozialdemokratie ist die selbstverwaltete Arbeiterpartei; sie kann keine andere Politik als Arbeiterpolitik treiben und wird sich daher auch für alle Zukunft des Vertrauens der Gewerkschaften erfreuen.“

Selbstverständlich können die Gewerkschaften ihre Mitglieder nicht verpfllichten, unter allen Umständen nur einem Sozialdemokraten ihre Stimmen zu geben. Wie die Gewerkschaften ihre Mitglieder beim Eintritt nicht nach deren Parteistellung oder religiösem Glaubensbekenntnis fragen, so üben sie auch keinen Druck aus, um sie zur Stimmabgabe in einer gewissen Richtung zu zwingen. Sie haben ihre Pflicht erfüllt, wenn sie die rechtlichen und sozialpolitischen Voraussetzungen ihres Wirkens, ihre Lebensinteressen und deren bisherige Vertretung darlegen und darnach den Mitgliedern die Entscheidung selbst überlassen. Die Wähler zu sammeln und organisieren, sie politisch zu schulen und deren Abstimmung einheitlich zu lenken, kann nur Aufgabe der politischen Partei sein, und das Vorhandensein einer außerparteilichen Arbeiterpartei überhebt sie der Notwendigkeit politischer Propaganda.

Desto mehr aber bleibt den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Pflicht, als Staatsbürger sich auch politisch zu betätigen und im Anschluß an eine Partei dafür einzutreten, daß den Interessen der Arbeiterklasse in der Reichsgesetzgebung mehr als bisher Geltung verschafft werde. Diese Pflicht liegt nicht allein den mahlfähigen Arbeitern ob, sondern allen Arbeitern ohne Unterschied des Geschlechtes und Alters, die sich ihres Arbeiterinteresses bewußt sind, denn alle müssen darauf hinwirken, daß die Gesetzgebung in der ihrem Wohle dienlichen Weise beeinflusst werde. Jedem ist die Möglichkeit der politischen Organisation und der Mitwirkung in der Arbeiterbewegung geboten und jeder muß sein Teil dazu beitragen, daß am Tage der Reichstagswahl Arbeitervertreter gewählt werden. Es ist vielleicht überflüssig, zu sagen, daß ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, der sein Klasseninteresse wohl begriffen hat, nur einem sozialdemokratischen Vertreter seine Stimme geben wird. Aber wir haben auch keinerlei Ursache, diese selbstverständliche Pflicht zur Erfüllung zu scheuen, nachdem die bürgerlichen Parteien selbst am meisten dazu beigetragen haben, die Arbeiter mit der Sozialdemokratie unloslich zu verbinden, so daß in der lehrjähigen Session selbst der Staatssekretär Graf von Posadowsky als Tatsache zugefesselt mußte, daß diese Partei die Vertretung der Arbeiter bilde. Man könnte ebenso gut die Sonne leugnen oder das Gesetz der Erhaltung der Energie in Zweifel stellen, wie diese einfache Tatsache aus dem Bereich der Wirklichkeit verschwinden lassen.

Möge jeder deutsche Arbeiter daher die wenigen Wochen bis zum Wahltag benutzen, um für einen nachhaltigen Erfolg der Arbeiterbewegung zu wirken. Pflicht ist, dafür zu sorgen, daß an diesem Tage nur zuverlässige Arbeitervertreter gewählt werden. Dringend notwendig ist es, zu verhindern, daß eine Reichstagsmehrheit aus der Wahl hervorgeht, die, wie die früheren, dem Volke neue Lasten und Steuern aufbürdet, seine Rechte mit Füßen tritt und ihm den notwendigsten Schutz gegen Ausbeutung, gegen physische und soziale Not verlagert. Jeder trete in die Reihen der Kämpfer ein, um nach besten Kräften beizutragen für den Sieg der Arbeiterklasse.“

Bestraftes Streikpostenfessen.

Gegen die Merveltbestimmung aller Straßenpolizei-Verordnungen, wonach zum Schutze der Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen ergebenden Aufforderungen und Anordnungen von Polizeibeamten unbedingt Folge zu leisten ist, sollte sich der Metallarbeiter Z. in Berlin vergangen haben.

3. legte Revision ein beim Kammergericht in Berlin und machte geltend, daß nicht der geringste Grund vorgelegen habe, anzunehmen, es könnte zur Störung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Verkehrs kommen.

Die Großen fressen die Kleinen.

In dem Jahresbericht der Rottweiler Handelskammer für 1902 wird folgendes ausgeführt:

„Zunig verwachsen mit dem Geschäftsgang der großen Uhrenfabriken ist der Geschäftsgang der vielen kleinen und mittleren Betriebe, die für die Uhrenindustrie arbeiten, wie die Uhrenbestandteilmacher, die Uhrkastenmacher, die Kartonnagemacher, die Wehrzahl der mechanischen Werkstätten.

Vom Ausland.

England.

Der Kampf um das Gewerkschaftsrecht in England hat zunächst mit einer parlamentarischen Niederlage der Arbeiter gedeut. Unsere Leser wissen, daß die englische Justiz heute die alten Gewerkschaftsgesetze derart auslegt, daß es den Arbeitern verboten ist Streikposten auszustellen und daß die Gewerkschaften für den einem Unternehmer durch einen Streik entstandenen Schaden haftbar sind (Laff-Vale-Entscheid).

1. Eine oder mehrere Personen, die in ihrem eigenen Namen oder im Namen einer eingeschriebenen oder nichteingeschriebenen Gewerkschaft oder Vereinigung handeln, sollen zwecks Vorbereitung oder Fortführung eines gewerblichen Konfliktes das Recht haben, sich neben einem Hause, Plage, Arbeits- oder Geschäftsraum aufzuhalten, um 1. Nachrichten in friedlicher Weise zu empfangen und zu erteilen; 2. Personen in friedlicher Weise zu überreden, die Arbeit fortzusetzen oder niederzulegen.

2. Ein Übereinkommen oder eine Vereinigung von mehreren Personen, um zur Vorbereitung oder Förderung eines gewerblichen Konfliktes irgend eine Tat auszuführen oder ausführen zu lassen, soll nicht strafbar sein, wenn eine solche Tat, von einer einzelnen Person ausgeführt, nicht strafbar ist.

Der Zweck dieses Entwurfes ist klar. Das Streikpostenfessen (Picketing) sollte gesetzlich gemacht werden, und die Gewerkschaftler sollten gegen Klagen wegen Verhinderung geschützt sein. Hervorgehoben wurde dieser Entwurf durch den bekannten Laff-Vale-Entscheid vom 22. Juli 1901, der die Gewerkschaft als Ganzes mit ihren Kassen haftbar macht für irgend eine ungesetzliche Handlung, die während eines Streites von den Gewerkschaftern begangen wird.

Diese korporative Haftbarkeit war im Gewerkschaftsrecht aus den Jahren 1871, 1875 und 1876 nicht vorgehoben. Sie ist eine Neuerung, offenbar zum Schutze des Gewerkschaftswesens. In dem Zeitraum 1871 bis 1901 wurden für ungesetzliche Handlungen nur die Personen bestraft, die sie begangen hatten; die Strafe war entweder eine Geld- oder Gefängnisstrafe.

Der gewerkschaftsfremdliche Antrag wurde aber mit 246 gegen 226 Stimmen abgelehnt! Premierminister Balfour erklärte sogar, ein Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen sei zu schaffen, also eine Nachahmung der deutschen Zucht- und Hausgesetzevorlage!

Schweden.

Der Klempnerverband hielt Mitte April in Gothenburg seinen sechsten Verbandstag ab. Anwesend waren 37 Delegierte aus 24 Zweigvereinen. Dem vom Vertrauensmann des Verbandes, Genossen Piel, erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen: Im Jahre 1900 zählte der Verband 32 Zweigvereine mit zusammen 8 Mitgliedern.

Die Lebensmittelzölle und die indirekten Steuern. Wer sich nicht an Buchhändler, Kolporteur etc. geliefert wird, kostet 500 Cpl. Mk. 15,-; 1000 Cpl. Mk. 25,-; 5000 Cpl. Mk. 100,-.

Literarisches.

Die Lebensmittelzölle und die indirekten Steuern. Wer sich nicht an Buchhändler, Kolporteur etc. geliefert wird, kostet 500 Cpl. Mk. 15,-; 1000 Cpl. Mk. 25,-; 5000 Cpl. Mk. 100,-.

Inhalt von Nr. 22.

Zur Generalversammlung. — Die Reichstagswahl und die Handelsverträge. — Zur Gewerkschaftsbewegung in Frankreich. — Der Arbeitsmarkt im Monat April 1903. — Zum Kampf in Herbolz. — Von der Unterwerfung. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung. — Aus den Agitationsbezirken III. Bezirk. Tätigkeitsbericht des Bezirksleiters für das zweite Halbjahr 1902. — Korrespondenzen. — Rundschau: Reichstagswahl und Gewerkschaft. Bestraftes Streikpostenfessen. Die Großen fressen die Kleinen. — Vom Ausland: England. Schweden. — Literarisches.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgefordert.)

Wienburg. Samstag, 30. Mai, fällt die Versammlung aus. Bücher- und Zeitschriftenausgabe der Bibliothek abends von 8 bis 9 Uhr.

Wilmers (Allgem.). Dienstag, 2. Juni, abends halb 9 Uhr, bei Christmann, Blumenstraße 46.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends 8 Uhr, im „Goldenen Hügel“, Pfaffenstraße 17.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Poststraße 2.

Wilmers (Allgem.). Dienstag, 2. Juni, abends 9 Uhr, im „Danzwälder Hof“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, bei Schröder, Poststraße 2.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.

Wilmers (Allgem.). Samstag, 6. Juni, abends halb 9 Uhr, im „Drei Berge“.